

die entscheidung.de



Startklar zum Endspurt



Die Abrechnung

Angela Merkel über die Wechselstimmung

JU Interaktiv

Relaunch Homepage und PC-Game



12,80 €
zzgl. Versandkosten,
jetzt telefonisch bestellen:
0 24 72 - 98 21 18

Autoren:

Leszek Balcerowicz, Präsident der Polnischen Nationalbank · **Carlo Azeglio Ciampi**, Staatspräsident der Republik Italien · **Pat Cox**, Präsident des Europäischen Parlaments · **Jacques Delors**, Präsident der Europäischen Kommission a.D., Karlspreisträger 1992 · **Dr. Wim Duisenberg**, Präsident der Europäischen Zentralbank · **Rainer Emschermann**, Mitglied des Kabinetts von Kommissionsmitglied Michael Schreyer · **Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag · **Jens Peter Paul**, Hauptstadtkorrespondent des Hessischen Rundfunks · **Dr. Hans Reckers**, Präsident der Landeszentralbank Hessen · **Dr. Michaele Schreyer**, EU-Kommissarin für Haushalt · **Pedro Solbes Mira**, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung · **Dr. Theo Waigel**, Bundesminister der Finanzen a.D. · **Prof. Norbert Walter**, Chefvolkswirt der Deutschen Bank AG

Der Euro und Europa

Karlspreisträger 2002:

Der Euro

Herausgegeben von: Armin Laschet MdEP / Friedbert Pflüger MdB
ISBN 3-924182-52-3, Preis: 12,80 €, 146 Seiten

Der Internationale Karlspreis zu Aachen geht im Jahre 2002 an den Euro. Er ist das bislang größte Integrationsprojekt in der Geschichte Europas. Damit wird mit dieser höchsten internationalen Auszeichnung für europäische Verdienste erstmals nicht eine Person gewürdigt, sondern eine Idee, die Anfang der 70er Jahre Gestalt annahm und mit deren Realisierung die europäische Einigung unumkehrbar wurde. Die erfolgreiche Einführung des Euro-Bargeldes vor wenigen Monaten und die hohe Akzeptanz bei

den Bürgerinnen und Bürgern hat das enorme Integrationspotential der gemeinsamen Währung noch einmal unter Beweis gestellt. Die Entscheidung des Direktoriums für den Euro verdeutlicht aber auch die Bedeutung, die die Gemeinschaftswährung für die Zukunft Europas hat. Das Buch lenkt daher den Blick auf diejenigen, die die gemeinsame Währung tatsächlich durchgesetzt haben. Es analysiert Auswirkungen des Euro auf die politische Union Europas und belegt, dass der Euro mehr ist als ein Geldstück.

WEISS
V E R L A G

Postfach 30
52153 Monschau
Tel. 0 24 72 / 98 21 18
ALenders@weiss-druck.de

Hallo!



Konstantin Schwab
kschwab@junge-union.de
Chefredakteur

Mit der Sommerpause im politischen Berlin schwenkt der Wahlkampf 2002 in die Zielgerade ein. Die Union geht mit einem soliden Vorsprung in den Endspurt bis zum 22. September. Einige aktuelle Ereignisse belegen einmal mehr, dass die rot-grüne Bundesregierung auch in ihrer Spätphase keine Lösungen für die Probleme in peto hat: die Arbeitslosigkeit steigt weiter; die brachiale Intervention des Bundeskanzlers im „Ron-Sommer-Theater“ der Telekom war ein beispielloses Fiasko.

Auf der anderen Seite hat die Union mit ihrer Offensive für Wachstum und Arbeit ihre Innovationskraft unter Beweis gestellt und dokumentiert, dass sie genügend Ideen hat, um neues Leben in die erstarrten Strukturen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu bringen.

Für uns geht es jetzt darum, über den Sommer die Motivation hoch zu halten und Einsatz zu zeigen. Die Entscheidung stellt wieder Argumente und Eindrücke aus dem Wahlkampf zusammen. Viele JU-Verbände machen originelle Sommeraktionen. Alle rüsten sich organisatorisch für die Wahlkampfauseinandersetzung in der entscheidenden Phase im September. Bis dahin wird es noch ein anstrengender Schlussspurt. Die Ziellinie allerdings kommt schon in Sicht.

Viel Spaß beim Lesen!

Konstantin Schwab

Euer Konstantin Schwab

Startklar zum Endspurt

Als das Wochenmagazin FOCUS in seiner zweiten Ausgabe des Juli einen thronenden Kanzler Schröder mit der Headline „Wie war ich?“ zeigte, sollte selbst dem letzten Pessimisten in unseren eigenen Reihen klar geworden sein, dass unser gemeinsames Ziel – nämlich am 22. September als Sieger aus den Wahlen zum Bundestag hervorzugehen – mehr als erreichbar ist. „Wie war ich?“ heißt nicht „Wie werde ich sein?“ und schon gar nicht „Was kann ich besser machen?“. Schröders rot-grünes Experiment ist am Ende – er weiß es und eine Mehrheit in Deutschland hofft auf einen Regierungswechsel.

Dem Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, begegnet tagtäglich wachsende Sympathie: Während des „Sommercamp 2002“

im westfälischen Geseke wurden er und CDU-Chefin Angela Merkel von den etwa 750 anwesenden Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern mit frenetischem Beifall begrüßt. Ich bin sicher, die Junge Union wird in den nächsten Wochen einen mitreißenden Wahlkampf machen. Kämpferisch waren auch seine Reden in Frankfurt und Fürth bei den Parteitag der CDU und CSU; richtig auch die Ernennung von Katherina Reiche zum Mitglied des Kompetenz-Teams. Katherina kann sich der Unterstützung der Jungen Union sicher sein, denn sie steht wie keine Zweite für die junge und vorurteilsfreie Politik der Union.

Startklar zum Endspurt – der Politische Wechsel in Deutschland ist in greifbare Nähe gerückt. Die Menschen spüren unsere

Bereitschaft und erleben unser Engagement im Wahlkampf. Wir werden diese marode, von Krisen gerüttelte rot-grüne Bundesregierung weit hinter uns lassen und am 22. September aus den Wahlen zum Bundestag als Sieger hervorgehen.

Scharping ist gegangen, Schröder wird ihm folgen. Ich setze auf Euren Einsatz, denn wir brauchen >endlich Stoiber.

Herzlichst,

Eure Hildegard

Bundvorsitzende der Jungen Union Deutschlands



Hildegard Müller
die@entscheidung.de
Bundvorsitzende der JU Deutschland



POLITSPIEGEL

Entenmutter Fischer,
Des Kanzlers „Furz“,
Mexiko tanzt **5**

POLITIK, MAL EHRlich

Satire **6**

SCHWERPUNKT

Europa - Heimat
der Schwarzen
Konstantin Schwab **7**

Zeit für Taten -
Zeit für den Wechsel
Angela Merkel **8-9**



Aus der Mitte
entspringt ein Fluss
Hildegard Müller **10-11**

Top bei »PISA-E«
Astrid Jantz **12-13**

POLITIK

Kleider machen
Leute...
Natalia Stanitzek **14-15**



Zeitenwechsel
Nahen Osten?
Marcel Kotthoff **16-17**



Stoiber setzt auf
Katherina Reiche
Daniel Walther **18**

Die Jugend 02 -
in der Quarterlifecrisis?
Sascha Drescher **19**

Gehört werden ist
nicht erhört sein
Dr. Peter Fellmer **20-21**

WAHLKAMPF 02

»Mission: Possible«
Sommercamp Geseke **22-23**



JUNGE UNION

Schwarz, Rot, Gold
Anselm Rodenhausen **24**

Berlin ist eine
Reise wert...
Katharina Hoffe **25**

»INTERAKTIV«
Sidney Pfannstiel **26-27**

Viel Neues im Osten...
Daniel Walther **28**



UNTER DER KUPPEL

So tun, als ob
Hans-Peter Repnik **29**

AKTIV

Aus den Verbänden **30-31**

BUCHBESPRECHUNG

Oskar Lafontaine -
Die Wut wächst
Volker Nies **32**

GLOSSE

Immobilienhai SPD
Konstantin Schwab **33**

NEUE VORSTÄNDE/IMPRESSUM

34

WERBELINIE

35

Politspiegel

Entenmutter Fischer

Was sind wir alle froh und dankbar, dass Andrea Schmidt ihre Quietsche-Entchen wieder hat. Die Plaste-Tierchen waren nämlich verschwunden. Irgendwer hatte die Lieblinge der knuddeligen Ex-Gesundheitsministerin aus dem Innenhof-Teich im Berliner Jakob-Kaiser-Haus entführt, in das sie Andrea Fischer seinerzeit zu Wasser gelassen hatte. In heller Aufregung hat Fischer dann die Reinigungsfirma in einer zweistündigen Suchaktion die Müllcontainer durchwühlen lassen. Und tatsächlich: Zwischen allerlei Unrat fanden sich die drei Entlein wieder. Die Freude im Büro Fischer war groß. Gut informierte Kreise wollen sogar beobachtet haben, wie die Chefin selbst eine kleine Träne vergossen hat. Wenn man auch sonst nichts zu tun hat...

e

Andrea Fischer erzeugt Enten-Lockrufe



Des Kanzlers „Furz“

Täglich neue Enthüllungen der Kölner SPD-Korruptionsaffäre machen die Runde und verschrecken die Wahlkämpfer in der Berliner Parteizentrale. Grund genug für den Kanzler höchstselbst, den arg gebeutelten Kölner Genossen einmal ordentlich und öffentlichkeitswirksam den Rücken zu stärken. Man solle sich nicht entmutigen lassen durch den Skandal, so die Botschaft des Kanzlers. Und um diese so richtig anschaulich zu unterstreichen, griff der große Parteivorsitzende ganz tief in die Sprüchekiste: „Aus einem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz“. Nein, wie volkstümlich! Offen bleibt allerdings, ob Gerhard Schröder auch einen politischen Anspruch daran geknüpft hat, ausgerechnet im katholischen Köln den deftig-abgeschmackten Luther-spruch zu zitieren.

e

Mexiko tanzt

Ein bisschen Spaß muss sein. Das ist die Amtsauffassung einiger Kollegen aus dem Entwicklungshilfeministerium von Heidemarie Wieczorek-Zeul. Mit 25.000 Euro unterstützt das Ministerium die Love Parade in Mexiko City. Der Mexikaner soll schließlich auch ein bisschen was zum Feiern haben. Da können die Steuerzahler in Deutschland ruhig in die Tasche greifen. Ein „Exportschlager“ und deshalb besonders förderungswürdig sei die Love Parade, sagt das Ministerium. Klar, gemessen am Entwicklungshilfe-Etat insgesamt sind die 25.000 Euro wahre Peanuts. Der Bund der Steuerzahler sieht das aber nicht ganz so entspannt. Für die Summe müssen immerhin zwei Facharbeiter ein Jahr lang Steuern bezahlen.

e





„Ne, Herr Langenscheidt, lassen Sie mal. Für meine Rede brauch ich keinen Spickzettel nach neuen Richtlinien der Rechtschreibung. Sind ja alte Inhalte...“

sidney.pfannstiel@junge-union.de



„Die Renate hat gesagt, dass ich bedenkenlos zubeißen kann. Aber der bayerische Senf lässt mir die Tränen in die Augen schießen.“

Europa – Heimat der Schwarzen

Der Spuk ist vorbei: In Europa dominieren wieder die Bürgerlichen.

Die deutsche Sozialdemokratie steht allmählich allein auf weiter Flur. Schröder vereinsamt an der Macht. Die sozialdemokratische Hegemonie auf dem Kontinent ist in kürzester Zeit zu Ende gegangen. Europa vollzieht eine Trendwende. Wir erinnern uns: Spätestens mit der Abwahl der christdemokratischen Regierung in Deutschland 1998 wurde der Triumph des sogenannten „Dritten Weges“ gefeiert. Man sprach von einem „neuen sozialdemokratischen Jahrhundert“, das sich da anbahnte, und wählte die Bürgerlichen in einer tiefen und dauerhaften Krise.

Gegenüber der sozialistischen, sozialdemokratischen oder Labour-Übermacht sahen viele Kommentatoren das Lager der bürgerlichen Volksparteien in der strukturellen Minderheit. Überall, wie auch hierzulande, gab es reichliches Rasonieren darüber, ob es für christdemokratische und liberale Kräfte überhaupt je

wieder die Chance auf Rückkehr gebe. Die Linke dominierte den Kontinent. Ende 1998, so jubelte die Sozialisten-Zeitschrift „Gleichheit“, habe „endlich die Sozialdemokratie das politische Szepter in Europa in der Hand“. Elf von 15 EU-Staaten waren unter sozialdemokratischer Führung. Frankreich, Großbritannien, Italien, Deutschland – in allen großen Ländern Europas machten sich Mitte-Links-Regierungen ans Werk. New Labour oder Neue Mitte, man hatte eine bunt verpackte Doktrin parat, die den Menschen ein bisschen Modernität und ein bisschen Nostalgie gleichermaßen versprach. Reformen? Ja, schon. Aber bitte nur im Konsens. Innovation und Gerechtigkeit. Und Zukunft ist gut für alle.

Das Pendel schlägt zurück

Um es kurz zu machen, die Hoffnungen der Bürger erfüllten sich nicht. Die europäische Linke wurde auch schon wieder demontiert, bevor sie sich an der

Macht überhaupt richtig breit gemacht hatte. Spanien und Österreich kippten. Es folgten Italien, Dänemark. Vor wenigen Wochen die Niederlande und Frankreich. Das Pendel schlägt schnell zurück. Nur Griechenland, Belgien und Blairs Großbritannien wurden von der Entwicklung noch nicht erfasst. In Schweden regiert ein sozialdemokratischer Ministerpräsident an der Spitze einer Minderheitsregierung. In Finnland führt ein Sozialdemokrat eine problematische Regenbogenkoalition.

Und Deutschland? Auch hier sind die Menschen enttäuscht von einer Regierung, die mehr versprochen hat, als sie zu halten im Stande war. Auch hier traut den Linken niemand mehr die notwendige Innovationskraft zu. Auch in Deutschland wollen die Menschen wieder eine Regierung, die vielleicht nicht so gefällig, dafür aber kompetent ist.



Zeit für Taten - Zeit für den Wechsel



Nur noch wenige Wochen bis zur Bundestagswahl – Countdown für eine richtungsweisende Entscheidung. Die Weichen werden jetzt gestellt: Weiter abwärts mit Rot-Grün oder endlich aufwärts mit Edmund Stoiber und der Union – das ist die klare Alternative des 22. Septembers!

Vier Jahre Rot-Grün waren vier verlorene Jahre für Deutschland. Die rot-grüne Politik hat Deutschland zum Schlusslicht in Europa gemacht – beim Wirtschaftswachstum, beim Staatsdefizit und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dafür trägt Gerhard Schröder die Verantwortung. Er ist mit seiner Politik

der verspielten Chancen, des Abstiegs und der haltlosen Versprechungen gescheitert. CDU und CSU stehen vor der historischen Aufgabe, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Regierung nach nur vier Jahren abzulösen. Deutschland braucht jetzt einen Kanzler, der hart für die Menschen arbeitet und das Land effizient führt, anstatt die Probleme anderen in die Schuhe zu schieben. Denn Deutschland ist ein großartiges Land mit tollen Menschen, die etwas können und etwas leisten wollen. Dazu braucht es aber verlässliche Rahmenbedingungen: für junge Menschen, für Familien, für alte Menschen.

Leistung und Sicherheit für unser Land – das ist die Chance des 22. Septembers. Und das ist auch die Botschaft von CDU und CSU. Leistung muss sich wieder lohnen. Wir möchten, dass Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Menschen gefördert und honoriert werden. Damit schaffen wir Wohlstand, neue Arbeitsplätze und Sicherheit im umfassenden Sinn.

Mit der Verabschiedung des gemeinsamen Regierungsprogramms „Leistung und Sicherheit“ von CDU und CSU auf dem Frankfurter Parteitag und dem Stoiber-Späth-Plan „Offensive 2002 – Aufschwung für Arbeit“ haben wir den Weg vorgezeich-

ZUR PERSON

Dr. Angela Merkel, MdB,
Vorsitzende der
CDU Deutschlands.

net: Raus aus der Misere und rein in einen Aufschwung! Gemeinsam werden wir dem Land den Optimismus wiedergeben, der in den vergangenen vier Jahren verloren gegangen ist. Wir werden die Ärmel hochkrempeln und die Zukunft anpacken.

Mit Edmund Stoiber und seinem Kompetenzteam an der Spitze bieten CDU und CSU den Menschen in Deutschland auf dem Weg zu mehr Arbeit und Wirtschaftswachstum eine neue Perspektive. Uns geht es darum, grundlegende Reformen für die Menschen zu machen - und nicht gegen sie, wie Schröder es vorgemacht hat: das „630-Mark-Gesetz“ abgeschafft, die Selbständigkeit erschwert, den Rechtsanspruch auf Teilzeit geschaffen und die befristeten Arbeitsverhältnisse eingeschränkt - Schröders „Reformvorhaben“ waren Gift für den Arbeitsmarkt und machen es denen schwer, die eine Arbeit suchen.

Eine unionsgeführte Bundesregierung wird Deutschland aus dieser hausgemachten Krise herausführen. Wir werden es besser machen als Rot-Grün, weil wir es besser können: Die Länder mit der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung sind unionsregiert (Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg, Hessen). Die 30 Arbeitsamtsbezirke mit den geringsten Arbeitslosenzahlen liegen alle in unionsregierten Ländern. Das ist kein Zufall. Das ist das Ergebnis erfolgreicher Politik. Und erwartungsgemäß schneiden laut PISA-Studie die Unionsländer in Sachen Bildung besser ab.

Unser Regierungsprogramm zeigt es, die Erfolge CDU-regierter Bundesländer beweisen es: Man kann auch gut regieren! Deutschland hat Besseres verdient, als noch einmal vier Jahre verspielter Chancen und vier Jahre des Abstiegs. Mit einer

geschlossenen Mannschaft und einem überzeugenden Politikangebot wollen CDU und CSU deshalb am 22. September stärkste Fraktion werden.

Unsere Ausgangslage dafür ist gut. Sie ist für uns Anlass zu Selbstbewusstsein - aber sie ist kein Anlass zu Siegesgewissheit. Alle Meinungsforschungsinstitute sehen uns zwar vor der SPD. Und in den Kompetenzwerten führen wir bei den wahlentscheidenden Themen - Wirtschaft und Arbeit - deutlich, doch gewonnen haben wir noch nicht. Wir dürfen jetzt nicht übermütig werden und uns zu früh als Sieger wähnen. Welche schwerwiegenden Folgen dies hat, zeigt ein Beispiel aus der Welt des Motorsports: Beim Großen Preis von Kanada 1991 begann der Brite Nigel Mansell in Führung lie-

gend, bereits vor dem Ziel zu jubeln - und würgte dabei sein Auto ab. Ein verduztter Nelson Piquet sagte Danke und überholte beim Schwenk in die Zielgrade seinen tobenden Konkurrenten.

Für unsere letzten Meter im Bundestagswahlkampf 2002 gilt deshalb: Wir werden uns bis zum Schluss weiter auf das Kämpfen und unsere Aufgaben konzentrieren. Abgerechnet wird am 22. September, Punkt 18 Uhr - und keine Sekunde vorher. Sich über Umfragen freuen, ist erlaubt - im Kämpfen nachlassen, nicht! Dann können wir es schaffen. Unsere Chance, diese Bundestagswahl zu gewinnen, ist eine Chance für das ganze Land. Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit für den Wechsel!



Aus der Mitte entspringt ein Fluss

Der Mittelstand in Deutschland muss wieder zu dem Ansehen zurückgelangen, dass ihn über Jahre prägte: zum Bild von der lebhaften Quelle für Produktivitätsvielfalt und Beschäftigung.

Vorsitzenden-Dialog:
Hildegard Müller (li.) und Angela Merkel

Für den Regierungswechsel im September haben sich die Unionsparteien eine Menge richtiger und notwendiger Reformen aufs Papier geschrieben. Reformen, die ein „Genosse der Bosse“ blockiert, anstatt sie zu fördern. Pleiten, wie die von Holzmann, Fairchild Dornier oder Babcock Borsig – um nur einige der gängigen Namen zu nennen – prägen zwar die öffentlichen Diskussionen; dramatischer noch ist die Lage des Mittelstandes. Denn Fehler, die insbesondere in der Förderung der mittelständischen Wirtschaft gemacht und geadelt wurden, gab es genug.

Fördern und fordern

Am Beispiel der Ausschreibung der rot-grünen Landesregierung in NRW und den Vergabekriterien für den Metrorapid wird die Notwendigkeit dieser Aussage

der Union besonders deutlich: Als das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand im September letzten Jahres die Bedingungen für Aufträge zur Planung der Trasse Dortmund-Düsseldorf veröffentlichte, wurde, um auch mittelständischen Ingenieurbüros eine Teilnahme zu ermöglichen, die Planung (mit einem Gesamtvolumen von 150 Millionen Euro) in drei Abschnitte aufgeteilt. Zugleich verlangte das Ministerium allerdings unter dem Punkt „Mindestbedingungen“ einen Nachweis der Bewerber über einen jährlichen Umsatz von mehr als zehn Millionen Euro sowie Planungserfahrung mit Magnetschwebebahnen.

Diese Doppelzüngigkeit beschränke, laut Einschätzungen von Branchenkennern, die Aus-

schreibung auf einen elitären Kreis von bundesweit drei bis fünf Bewerbern. Hier fühlt sich das mittelständische Ingenieurwesen zu Recht hintergangen. Solch ein Verhalten kann und darf nicht Gegenstand einer mittelstandsfördernden Politik sein.

Mittelstandsförderung, was ist das?

Mittelstandsförderung scheint für Rot-Grün ohnehin ein Fremdwort zu sein. So liegt Deutschland bei der Selbständigenquote im EU-Vergleich im unteren Durchschnitt. Erst stellte sich das Wahlversprechen Schröders von der „Neuen Mitte“ als Hirngespinnst heraus und anschließend wurden kleine und mittlere Betriebe mit einem Netz aus Vorschriften und Gesetzen geradezu erstickt.

Dazu zählen in erster Linie die Öko-steuer, das 630-DM-Gesetz, das Scheinselbstständigengesetz, die Ausweitung des Betriebsverfassungsgesetzes, die Einschränkung befristeter Beschäftigungsverhältnisse und der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit.

Die sehnsüchtig erwartete Steuerreform brachte letztendlich nur großen Kapitalgesellschaften eine Entlastung, wobei der Mittelstand mit einer ohnehin schwach ausgestatteten Eigenkapitalquote bis 2005 allem Anschein nach am langen Arm der Regierung verhungern darf. Auch die versprochene Senkung der Lohnzusatzkosten lässt weiter auf sich warten. Dafür wird derweil fleißig mittelständischen Unternehmen durch vermehrte ABM und Schwarzarbeit Konkurrenz gemacht, so dass bereits gegenwärtig ein Drittel dieser Betriebe keinen Gewinn mehr erwirtschaften.

Die massive Steuer- und Abgabenlast sowie eine bedrohlich sinkende Eigenkapitaldecke tut ihr übriges. Durch über 32.000 Unternehmenspleiten verloren 2001 eine halbe Million Menschen ihren Arbeitsplatz. Für 2002 wird noch mit weiteren 42.000 Firmenzusammenbrüchen gerechnet. Was das für den Arbeitsmarkt bedeutet, kann sich ein jeder ausmalen.

„Gründerklima“

Da sich diese Situation noch zu verschärfen droht, werden neue Wege zur Stärkung des Eigenkapitals beschritten werden müssen:

Im Regierungsprogramm der Union sind diese Bemühungen berücksichtigt. Wir werden eine Offensive für Selbständigkeit, Existenzgründung und Mittelstand starten. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für eine Mittelstandspolitik hinsichtlich der Förderung seiner Leistungsfähigkeit für den Wettbewerb verbessern. Im Steuerrecht werden die Benachteiligungen für Personenunternehmen gegenüber den Kapitalgesellschaften beseitigt.

Existenzgründer werden aktiv unterstützt. Denn es kann nicht sein, dass in unserem Land die Gründung einer GmbH im Durchschnitt vier Monate dauert, während in den USA bereits nach drei Wochen tatkräftig ans Werk gegangen werden kann.



Hildegard Müller (während des Bundesparteitages der CDU in Frankfurt/Main)

Unser Ziel ist es, neben dem dringend notwendigen Bürokratieabbau das für den Mittelstand und die Existenzgründung (lebens-)notwenige Angebot an Investitions- und Wagniskapital zu verbessern.

Mittelstandsförderung selbstgemacht

„Wir gründen eine Kommission und reden mal darüber“ – das ist die Regierungspraxis von Rot-Grün. Genau das wird nach Stoiber und Späths Willen nicht passieren. Mit dem am 12. Juli 2002 vorgestellten „Offensiv-Plan“ legte das Initiatorenpaar nicht nur sieben konkrete Punkte zur Wirtschaftsförderung dar, sondern lieferte noch prompt einen soliden Finanzierungsplan in Sachen Arbeitsmarktpolitik.

Rückflüsse aus der EU für nicht verbrauchte Strukturmittel, Privatisierungen von Bundesbeteiligungen, Bundeshaushaltsumschichtungen und -einsparungen sollen die Investoren der notwendigen Reformmaßnahmen werden. Ein großes Investitionsobjekt heißt dabei „Mehr Wachstum im Mittelstand“. Wenn kleine und mittlere Unternehmen investieren sollen, können sie nicht auf die Auswirkungen der großen Steuerre-

form warten. Sofortmaßnahmen müssen her und da setzen Stoiber und Späth auch auf

- eine Anhebung der Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von 410 auf 800 Euro
- die Verbesserung der Ansparrücklage zur Förderung der Eigenkapital- und Liquiditätssituation.

Aber es stehen nicht nur Steuerersparnisse der Wirtschaft auf der Tagesordnung, auch die Kommunen werden berücksichtigt. Denn ohne ihre gute Auftragslage sieht jeder Handwerksbetrieb rot. Mit zusätzlichen zwei Milliarden Euro jährlich können die Gemeinden rechnen, wenn die von Späth geplante Senkung der Gewerbesteuerumlage ab 01.01.2003 eingeführt würde.

Die Bauwirtschaft ist ein weiteres wichtiges Standbein des Mittelstandes, allerdings steht sie seit geraumer Zeit auf wackeligen Füßen. Die privaten Haushalte könnten hier unter anderem der desolaten Situation Abhilfe schaffen, indem auch sie wieder vermehrt in die eigenen vier Wände investieren. Das will der designierte Wirtschaftsminister mit Aufhebung von Beschränkungen der Verlustrechnungen beim Mietwohnungsbau, mit verbesserten Abschreibungsbedingungen und spürbaren Verkürzungen der Spekulationsfrist erreichen.

Auch wenn Stoiber und Späth den Osten nicht ausdrücklich zur „Chefsache“ deklarierten, gilt ihr besonderes Augenmerk der Mittelstandsförderung des Ostens. Neben dem Sonderförderprogramm „Offensive Zukunft Ost“, das mit einer Milliarde Euro den Mittelstand und Existenzgründer in den neuen Ländern unterstützen soll, wird das Paket „Öffnungsklauseln für Arbeit und Wirtschaft“ die Gründungsphase ostdeutscher Unternehmer erleichtern. Vorbei ist die Zeit, in der der Aufschwung Ost auf die längst eingeschlafene, ruhige Hand des Kanzlers wartete. Es ist an der Zeit für Taten.

Der deutsche Mittelstand gehört zurück auf den ihm gebührenden Platz in der Gesellschaft. Deutschland gehört wieder auf Kurs. Mit Edmund Stoiber als Kanzler.





Top bei »PISA-E« Unionsregierte Länder vorn

Glücklich ist, wer lernt,
wo die Union regiert

Nach dem internationalen Schulleistungsvergleich vom Dezember 2001 bringen nun auch die innerdeutschen PISA-Ergebnisse die bildungspolitische Diskussion in Schwung.

Klar ist jetzt, dass es in Deutschland nicht nur ein deutliches Leistungsgefälle zwischen Schülern, Schulen, Schulformen und sozialen Schichten gibt, sondern auch zwischen den einzelnen Bundesländern. Seit langem liegen die von der Union regierten Länder (wie Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen), an der bundesdeutschen Spitze. SPD-Regierte Länder hingegen bekamen die Quittung für eine jahrelang verfehlte Bildungspolitik. Ergänzend zur internationalen PISA-Vergleichserhebung hat Deutschland weitere 50.000 Schüler aus 1.246 Schulen geprüft. Diese Test-erweiterung bildete nun die Grundlage der nationalen Studie PISA-E (Erweiterungsstudie), die einen Bildungsvergleich zwischen den Bundesländern ermöglicht und seit Mitte Juni auf dem Tisch liegt. Zwei Ausnahmen: Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg wurden nicht in die Auswertung von

PISA-E einbezogen, da hier nur 70 Prozent der geforderten Stichproben der Tests durchgeführt wurden (bei 80 Prozent lag die international festgelegte Grenze). PISA-E will nicht einfach nur zeigen, wie gut oder schlecht deutsche Schüler auswendig lernen, PISA-E analysiert neben den Fachkenntnissen vor allem Fächer übergreifendes Wissen und legt Wert auf Schlüsselqualifikationen. Die Untersuchungen gehen dabei weit über den Lehrplanstoff hinaus. So werden auch Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Alltag von Bedeutung sind, geprüft: zum Beispiel das Lesen eines Fahrplans oder das Verstehen von Abrechnungen. Nicht nur um reines Textverständnis, sondern um das Lernen aus Texten geht es beispielsweise bei der Lesekompetenz. Die mathematischen und naturwissenschaftlichen Aufgaben orientieren sich im nationalen Test viel konkreter an den hiesigen Fächern und Lehrstoffen, als das im internationalen Test möglich war.

Die Spitze hält Bayern

Der Freistaat Bayern liegt in der PISA-E -Gesamtwertung in allen

drei Kategorien – Lesekompetenz, Grundbildung in Mathematik und Naturwissenschaft – an der Spitze. Ihm folgen Baden-Württemberg und Sachsen – die nationalen Schlusslichter sind Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Bremen.

Lesekompetenz

Bei der Hauptwertung, der Lesekompetenz der 15-Jährigen, errang Bayern mit 510 Punkten den ersten Platz, gefolgt von Baden-Württemberg und Sachsen (500 und 491 Punkte). Auf dem letzten Platz hinter Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern landete Bremen mit 448 Punkten.

Mathematik

Auch in der Kategorie der mathematischen Grundbildung liegen unionsregierte Länder vorn. Auf Platz eins findet sich Bayern (516) wieder, dicht gefolgt von Baden-Württemberg (512), Sachsen (501) und Thüringen (493). Am Ende der Rangliste stehen NRW (480), Niedersachsen (478), Sachsen-Anhalt (477), Brandenburg (472) und das absolute Schlusslicht Bremen (452).

Naturwissenschaft

Bei den Naturwissenschaften erreichte Bayern 508 Punkte vor Baden-Württemberg (505 Punkte) und Sachsen (499 Punkte). Den letzten Platz belegt wiederum Bremen mit 461 Punkten.

Über den Problembereich der Integration ausländischer Schüler wurde im Vorfeld der Veröffentlichung der PISA-E-Ergebnisse viel diskutiert. Die Ergebnisse des Ländervergleichs brachten hervor, dass die Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund in Bayern und Baden-Württemberg am besten gelingt. So liegen bayerische und baden-württembergische Schüler mit im Ausland geborenen Eltern bei der Lesekompetenz deutlich über dem Bundesdurchschnitt, in NRW und Niedersachsen hingegen deutlich darunter. Während Bayern somit im internationalen Vergleich das obere Leistungsdrittel der 32 getesteten Industriestaaten erreichte, liegen Sachsen-Anhalt und Bremen nur im internationalen unteren Drittel. Das ist ungefähr vergleichbar mit dem Bildungsniveau in Mexiko.

Verfehlt SPD-Bildungspolitik

Das schlechte Abschneiden der sozialdemokratisch regierten Länder sind die Früchte eines jahrzehntelangen Programms der Leistungsdämpfung. Sollte der SPD die schlechte Bilanz in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Forschung, Innovation und Familienpolitik nicht zur Einsicht bringen, so müssten doch die Ergebnisse von PISA-E die „Helden der roten Laterne“ unsanft wecken und zu einem Umdenken ihrer politischen Grundsätze anregen. Es scheint, dass auch ein Nord-Süd-Gefälle bei den Bildungskompetenzen der Bundesländer der Bequemlichkeit halber einfach ignoriert wird. Soziale Disparitäten sind in den Spitzenländern im Süden niedrig, in SPD-regierten Ländern im Norden hoch. Die größten sozialen

Ungleichheiten sind in NRW, Schleswig-Holstein und Bremen anzutreffen.

Der Bock als Gärtner

Stattdessen macht Schröder die Kultusministerkonferenz als Schuldigen aus. Die Erfolge der unionsregierten Länder werden mal eben ins Gegenteil verkehrt. Um dies noch zu krönen, kündigt er „Programme zur Förderung des Lernens“ an und würde am liebsten gleich noch das Grundgesetz aufweichen, um die Kompetenz für Bildung einzukassieren. Mal abgesehen davon, dass er sich über die Finanzierung von etwaigen Sonderprogrammen lieber ausschweigt, bewirbt sich hier der Bock um die Stelle des Gärtners. Denn der damalige Landespolitiker Schröder beschimpfte nicht nur Lehrer als „faule Säcke“, sondern sparte gerade im Bildungswesen: In Niedersachsen wurden trotz eines Zuwachses von 90.000 Schülern 3.000 Vollzeitlehrerstellen gestrichen. Diese hausgemachte katastrophale bildungspolitische Bilanz erstreckt aufs gesamte Bundesgebiet. Ergo: In Sachen Lesekompetenz liegt Niedersachsen, ganz zum Leidwesen der Jugendlichen, nur kurz vor Griechenland – einem der Schlusslichter im internationalen Vergleich. Für unionsregierte Länder muss das Leistungsziel eine Orientierung an der internationalen Spitze sein. Es darf uns eben nicht reichen, nur neben den schwachen SPD-Ländern gute Ergebnisse zu erzielen. Dazu sind verschiedene Schritte notwendig: Unter anderem einheitliche Bildungsstandards in allen 16 Ländern für alle Schularten und, nationale Bildungsvergleiche. Abzulehnen ist dagegen eine Übertragung von Bildungskompetenzen an den Bund. Solche Vorstellungen sind destruktiv und zielen in die völlig falsche, sogar in die entgegengesetzte Richtung. Vieles im Bereich der Schulbildung ist bereits jetzt zentralistisch

geregelt. Daher muss viel eher darüber diskutiert werden, wie den Kommunen vor Ort, den einzelnen Schulen, mehr Kompetenz zuteil werden kann. Ebenso ist die – vielerorts angekündigte – Einführung des Zentralabiturs und der Jahrgangsstufentests in den Ländern ein richtiger Schritt. Dass inzwischen selbst in Berlin und bei niedersächsischen Sozialdemokraten das Zentralabitur auf Befürwortung stößt, lässt hoffen. Bei der Förderung und Integration steht der Abbau von Sprachbarrieren im Vordergrund. Ebenso vorrangig ist die Entwicklung der Unterrichtsqualität, der Didaktik und Methodik sowie die Stärkung des Bildungsauftrags von Kindergärten und Grundschulen. PISA ist eine Herausforderung, die angenommen werden muss. Die Verantwortung zur Lösung der Probleme in unseren Schulen darf aber nicht zwischen Politikern, Eltern und Lehrern hin- und hergeschoben werden. Jetzt müssen alle an einem Strang ziehen. Wir brauchen in Deutschland nicht mehr Papiere und Sachverständige. Wir brauchen endlich die Umsetzung der Einsichten in Taten.

E

ZUR PERSON



Astrid B. Jantz ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union.

Unions-Bildungsexpertin Schavan: PISA-E zeigt die Irrwege der SPD-Bildungspolitik



Kleider machen Leute...



Was für Umweltminister Trittin zutreffen mag, gilt noch lange nicht für seine gut verkleideten Reformvorhaben. Nach vierjähriger Regierungszeit wagten wir den Blick hinter den Vorhang seiner Umweltpolitik und haben nackte Tatsachen vorgefunden.

ZUR PERSON



Natalia Stanitzek

ist Bildungsreferentin der Jungen Union Deutschlands. Die 26-Jährige lebt seit ihrem Studium der Volkswirtschaften in Berlin.

Wie, Herr Trittin, hieß noch mal Ihre Kollektion der umweltökonomischen Reformen, die Sie uns jahrelang vorgeführt haben, dessen Realisierung allerdings immer noch auf sich warten lässt? War da nicht auch die Reform des Ordnungsrechts und ein Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente? Und wann wurden eigentlich die konkreten Ziele einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und einer ökologischen Modernisierung verwirklicht? Zwar tönen Sie nicht so stark wie einige Ihrer Amtskollegen, doch gelingt es auch Ihnen durch viele Worte, die Bilanz Ihrer Umweltpolitik geschickt zu frisieren. Nun zu unserer Bilanz:

Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen

Was hat sich in Sachen Klimaschutz getan? Die CO₂-Reduktion liegt gegenwärtig bei ca. 18 Prozent, damit ist sie ganze drei Prozent in vier Regierungsjahren gestiegen. Keine besonders große Veränderung für eine Partei, die vor allem wegen ihrer umweltpolitischen Kompetenzen gewählt wurde. Auch in naher Zukunft ist hier nicht mit einem revolutionären Durchbruch zu rechnen, ganz im Gegenteil. Der Ausstieg aus der Kernenergie wird voraussichtlich zu einer Kohlendioxidmehremission von rund 160 Mio. Tonnen führen. Nicht nur der Treibhauseffekt wird dadurch weiter angeheizt,

vielmehr hinterlässt die Sonnenblumenpartei damit eine Versorgungslücke in der CO₂-freien Stromeinspeisung von 30 Prozent. Damit wir im Winter nicht frieren, soll das klaffende Loch mit Hilfe regenerativer Energieträger gestopft werden. Zu beachten ist allerdings, dass die zum Teil zeitlich nur befristet verfügbaren Ressourcen nicht zu einem teuren Flickwerk werden. Eine wettbewerbsorientierte Förderung der erneuerbaren Ressourcen mit gleichzeitig verstärktem Einsatz von Biogas und Biomasse ist nach Meinung der Union unumgänglich, um steigende Strompreise und damit einen Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu verhindern.

Kraftstoffverbrauch gesunken

Zahlen des Mineralölwirtschaftsverbandes belegen, der Kraftstoffverbrauch in Deutschland ist von 2000 bis 2001, um 2,9 Prozent bei Otto- und 0,8 Prozent bei Dieselmotoren gesunken. Allerdings ist diese Entwicklung nicht auf die angebliche Lenkungsfunktion der Ökosteuer zurückzuführen. Nein, technische Errungenschaften bei Neufahrzeugen sind es, die zu einem geringeren Flottenverbrauch führen und dadurch einen sinkenden Kraftstoffabsatz auslösen. Die Ökosteuer ist und bleibt eben doch nur eine reine Fiskalsteuer.

Verpackungsverbrauch gesunken

Der Verpackungsverbrauch von 15,62 Mio. Tonnen 1991 hat sich bis 1996 bereits auf 13,66 Mio. Tonnen reduziert. Diese Entwicklung wurzelt allerdings noch auf dem von Umweltminister Töpfer initiierten Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz. Nicht genug, dass Trittin und Co. jetzt von den Früchten der letzten Regierungsarbeit zehren, sehen sie sich weder durch technische Innovationen, neue Erkenntnisse ökologischer und ökonomischer

Kürzungen im Programmhaushalt 2002 des Bundesministerium für Umwelt

Naturschutzprojekte:	Kürzung um 16,1%
Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet des Naturschutzes:	Kürzung um 25,2%
Untersuchungen Reaktorsicherheit:	Kürzung um 2,4%
Untersuchungen Strahlenschutz:	Kürzung um 5%

Quelle: <http://www.cducs.de>

Wechselwirkungen und ein verändertes Verbraucherverhalten dazu veranlasst, ihre „ruhige Hand“ zu einer Fortentwicklung der Gesetze zu bewegen.

Darüber hinaus ist das Problem der Billig- und Scheinentorgung bis jetzt nicht gelöst und die kürzlich verabschiedete Verordnung zum Gewerbeabfall aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten durch ihre unflexiblen Verwertungsquoten nur schwer vertretbar. Zur Liberalisierung des Abfallmarktes ist einfach ein Abbau der starren Umweltstandards notwendig, doch auch diese Annäherung ist bei Rot-Grün in der gesamten Legislaturperiode nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Selbst der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat in seinem

letzten Gutachten nicht nur die Missstände der Abfallpolitik beanstandet, sondern insbesondere die Vernachlässigungen in Sachen Lärmschutz kritisiert. Denn Fakt ist, dass die Verantwortlichen bis heute keine Novellierung des Fluglärms vorgelegt haben und auch die Lärmschutzinvestitionen im Bahnverkehr noch immer auf sich warten lassen.

Weitere Beispiele für den Sinkflug der grünen Umweltpolitik sind nicht weiter schwer zu finden:

- Trotz zehnjähriger Vorbereitungszeit der christlich-liberalen Koalition wurde das Umweltgesetzbuch nicht umgesetzt.
- Aufgrund fehlender Konzepte ist es Schröder bis heute nicht gelungen, deutsche umweltpolitische Interessen in Brüssel durchzusetzen.
- Der Naturschutz muss mit erheblichen Mittelkürzungen auskommen – 16,1 Prozent bei Naturschutzprojekten und 25 Prozent bei diesbezüglichen Entwicklungsvorhaben.

Den Umweltschutz und die Senkung der Arbeitslosenzahlen hatten sich Grüne und SPD 1998 ganz groß auf die Fahne geschrieben. Was von den Versprechen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik übrig blieb, ist ja allgemein bekannt. Auswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen werden da oft erst viel später deutlich.



Zeitenwechsel im Nahen Osten?

marcel.kotthoff@gmx.de

**Wenn die Machthaber im Vorderen Orient
in die Jahre kommen**



Millitärposten am Toten Meer

Um den stagnierenden Nahostfriedensprozess wieder in Gang zu bringen, ließ die amerikanische Regierung die Absicht durchblicken, Palästinenserführer Jassir Arafat mittelfristig fallen zu lassen.

Die Initiative greift dem anstehenden, großen Macht- und Generationswechsel vorweg, auf den sich im Nahen Osten nicht nur das Heilige Land schon länger vorbereitet. Chancen und Risiken halten sich dabei die Waage. Die Protagonisten des Nahostkonflikts sind alt geworden. Wie schon seit zwei, oder, wie im Fall Jassir Arafats, gar drei Dekaden, wird die politische Szenerie der nahöstlichen Krisenregion von denselben Akteuren beherrscht. Zu diesen in die Jahre gekommenen Potentaten des Nahen Ostens zählen neben dem 73 Jahre alten Arafat der fast gleichaltrige israelische Minis-

terpräsident Ariel Scharon, der seit 1981 amtierende, ägyptische Präsident Hosni Mubarak, Jahrgang 1928, oder auch der seit 1979 amtierende, irakische Staatschef Saddam Hussein, Jahrgang 1937. Ähnliches gilt für den libyschen Revolutionsführer Moamar al-Gaddhafi, der seit 1969 herrscht und auch für das saudische Königshaus, welches hoffnungslos überaltert an die gerontokratische Führungsriege der Sowjetunion zum Ende der Breschnew-Ära erinnert.

Alte Verkrustung, neue Probleme

Ein politischer Macht- und wohl auch Generationswechsel

scheint so in der Perspektive der nächsten zehn Jahre zu liegen, was in der Region mit der Hoffnung verbunden wird, den als anachronistisch empfundenen Palästinakonflikt endlich beilegen zu können. Zu schwer wiegen im Vergleich zu der – zwar politisches Prestige aber kaum ökonomische Impulse verheißenden – Jerusalemfrage die innenpolitischen Probleme wie Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit oder Wassermangel.

Wie stark diese Probleme durch die rigorose Fixierung auf die Palästinafrage vernachlässigt wurden, zeigt das Beispiel Syri-

ens, wo Baschar al-Assad im Juli 2000 seinem Vater Hafiz auf den Präsidententhron folgte. Hafiz al-Assad, der ‚Löwe von Damaskus‘, hatte sein Land fast dreißig Jahre lang an der Spitze der Baath-Partei regiert und es ganz auf den Konflikt mit Israel ausgerichtet. Die stetig wachsenden innenpolitischen Probleme wurden, getreu der für westliche Beobachter grotesk anmutenden Idolartie für Präsident und herrschende Partei, meist dem feindlich gesinnten Ausland und vor allem Israel zugeschrieben. Derweil blühten Korruption und Ämterpatronage, die in der arabischen Welt zwar gemeinhin geduldet sind, das Land aber zunehmend lähmten und zu einem Reformstau führten. Dies trat in eine möglicherweise fatale Beziehung zu explodierendem Bevölkerungswachstum und hoffnungslos überalterten Produktionsanlagen sowie Wirtschaftskonzepten. Das Land steht kurz davor, zu einem Armenhaus zu werden.

Beispiel Syrien

Seit seinem Regierungsantritt versucht Baschar diese Konstellation zu entschärfen, auch indem er Zurückhaltung in der Palästina- und Golanhöhenfrage übt, was ihm von den alten Eliten jedoch übel genommen wird, die ihre erworbenen Pfründe und Posten gefährdet sehen und sich an die alten Erklärungs-schemata von den „Urübeln“ Israel und westliche Zivilisation klammern.

Dieser Spagat zwischen Altem und Neuem, wie ihn das syrische Beispiel verdeutlicht, wird sich symptomatisch für politischen Generationswechsel in der gesamten Region erweisen, zumal innenpolitische Zwistigkeiten in den sozial und religiös vielfältig fragmentierten Gesellschaften der islamischen Welt immer latent sind. Dies gilt nicht nur für die „üblichen Verdächtigen“ Irak, Libyen oder auch Ägypten, sondern auch für die vermeintlich stabilen, da reichen Ölstaaten

wie Saudi-Arabien oder Bahrain, wo sich die Prosperität vergangener Jahrzehnte nicht mehr ohne weiteres auf die immer rascher wachsende Bevölkerung übertragen lässt.

Die große Hoffnung – Reformen alter Verkrustungen und Lösung der neuen, brennenden Probleme – die sich mit dem anstehenden Macht- und Generationswechsel verbindet, wird so durch das Risiko politischer Instabilität und Diskontinuität konterkariert, was wiederum Auswirkungen auf die Staaten Europas und Nordamerikas hätte. Nicht nur aus Eigeninteresse erscheint es deswegen für die westliche Welt geboten, den anstehenden Wechsel kritisch zu verfolgen. Sollte die Chance vertan werden, die für den Nahen Osten immer drängender werdenden Reformen anzuschieben, scheint – spätestens nach Ende des Ölbooms – der Abstieg der Region zum Armenhaus nahezu vorprogrammiert. **e**

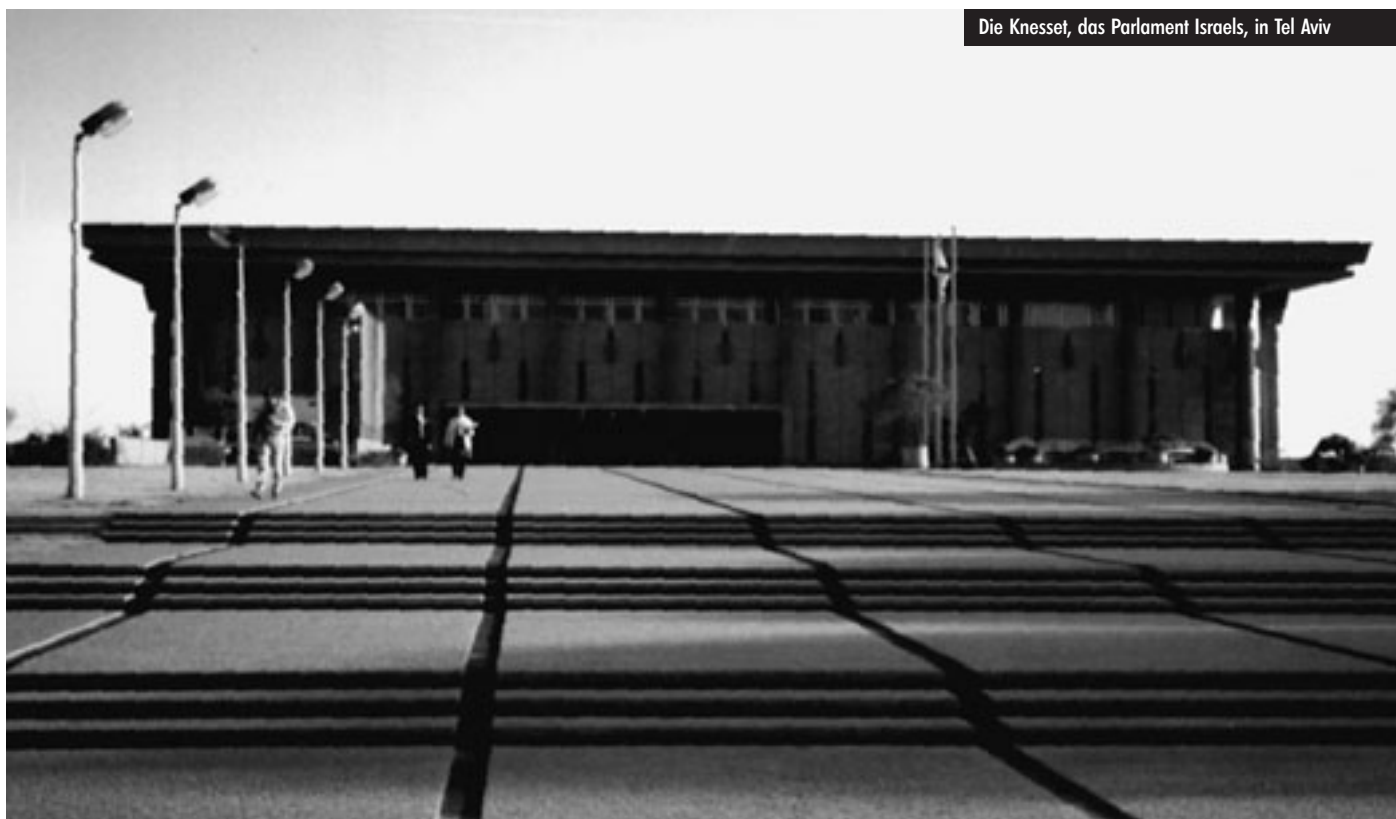
ZUR PERSON



Marcel Kothhoff

(24) ist Mitglied der JU Köln und studiert Islamwissenschaften.

Die Knesset, das Parlament Israels, in Tel Aviv



Stoiber setzt auf Katherina Reiche



Karriere und Kinder: Katherina Reiche mit ihrer Tochter Maria vor dem Reichstag

Weiter ist zu lesen: „Die meisten Paare haben heute den Wunsch, Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden.“ Dass es die Union ernst meint mit diesen Aussagen, belegt die personelle Entscheidung des Kanzlerkandidaten darüber, wer die Familienpolitik im Wahlkampf maßgeblich nach Außen darstellen soll. Denn mit der Berufung der Bundestagsabgeordneten und aktiven JU'lerin Katherina Reiche in das Kompetenzteam von Edmund Stoiber, gewinnen die familienpolitischen Beschlüsse der Union ein junges und frisches Gesicht.

Zuständig ist die kürzlich 29 Jahre alt gewordene Katherina Reiche neben Familie auch für Frauen und Jugend – Themen, die bei der Jungen Union auf der Tagesordnung stehen. Deshalb ist die Aufnahme von „Kathi“ in das Kompetenzteam nicht nur für die Union, sondern auch und gerade für die Junge Union eine große Chance.

Nicht punkten dagegen konnten Franz Müntefering oder Claudia Roth. Der Versuch, Stoiber als

„Für CDU und CSU ist Familie überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen“ heißt es im von CDU und CSU beschlossenen Regierungsprogramm 2002/2006.

„Rechtsaußen“ zu brandmarken, schlug fehl. Denn ein angeblich rückständiges Familienbild kann man dem Kanzlerkandidaten nach der Berufung Reiches wohl kaum glaubhaft anheften wollen.

Die junge Bundestagsabgeordnete spricht im Wahlkampf zu allererst die Jugend an und natürlich junge Frauen, die sich in einem ähnlichen Spannungsfeld wie sie zwischen Familie und Beruf befinden. Zugleich ist Katherina Reiche Repräsentantin einer neuen ostdeutschen Generation, die für Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft steht. Deshalb ist ihre Berufung in das Kompetenzteam auch als ein wichtiges Signal für den Osten Deutschlands zu verstehen.

Die Protestantin Katherina Reiche wurde im brandenburgischen Luckenwalde geboren, trat mit 16 in die Junge Union ein. Sie wirkte aktiv am Aufbau der Jungen Union in ihrem Landesverband und als Mitgründerin des RCDS an der Uni Potsdam mit. Am innerparteilichen Rückhalt mangelt es ihr angesichts eines „Listenplatz zwei“ auf der Bundestagswahlliste nicht. In Potsdam lebt sie zusammen mit ihrem Lebensgefährten Sven Petke, dem Landesvorsitzenden der JU, und ihrer gemeinsamen Tochter Maria.

Einen Namen hat sich die Diplomchemikerin in der Genforschungsdebatte gemacht, als sie zusammen mit Wolfgang Schäuble und anderen einen eigenen Antrag formulierte. Aber auch schon zuvor fiel ihr Name häufig in der Öffentlichkeit. Zum Beispiel, als sie

eine Diskussion auslöste, indem sie auf den Missstand hinwies, dass die Distanz vieler Lehrer im Osten zum politischen System und zu den Werten der westlichen Demokratie allzu häufig einen ernst zu nehmenden Niederschlag im Unterricht findet. Langfristig angelegt ist ihr Engagement für den Verein Maiglocke, den sie zusammen mit dem Theologen und SPD-Politiker Richard Schröder und dem Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Günther Nooke gegründet hat. Maiglocke ist eine Alternative zur immer noch weit verbreiteten und in sozialistischer Tradition stehenden Jugendweihe. Weniger bekannt ist dagegen ihr Engagement im Verein zur Wiederbegründung der katholischen Marienschule in Potsdam.

Die Verantwortung, die Edmund Stoiber in sie setzt, sie ist enorm groß. Wer Katherina Reiche kennt, der weiß, dass sie ihre Aufgabe meistern wird.

e

ZUR PERSON



Daniel Walther (27) ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union.

Katharina Reiche MdB

- 29 Jahre, eine Tochter (Maria)
- aufgewachsen in Luckenwalde (Brandenburg)
- 1992 Abitur, dann Chemie-Studium, Jahrgangsbeste der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät an der Uni Potsdam
- Mitglied im Landesvorstand der JU Brandenburg und im Bundesvorstand der CDU
- Seit 1998 Mitglied im Deutschen Bundestag. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Beauftragte für Humangenetik und zuständig für die Beziehungen zu Polen

Die Jugend 02 – in der Quarterlifecrisis?

Zum Ende des vergangenen und zu Beginn des neuen Jahrtausends gleichen sich die Jugendstudien in den wesentlichsten Aussagen über Einstellungen, Wünsche und Ängste.

suschi@muenster.de

Fehlendes Vertrauen in Parteien und Politiker gehört ebenso dazu wie eindeutige Aussagen über den Wunsch nach Familie oder gesellschaftlichem Engagement: In der Realität stehen diesen Motiven aber immer mehr Singlehaushalte und rückläufige Zahlen ehrenamtlich Aktiver entgegen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist bei jungen Menschen groß; viele fürchten sich vor einem Abrutschen ins soziale Netz. Dabei erkennen Jugendliche durchaus die Bedeutung guter Bildungsabschlüsse – für ihre individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ein höherer Grad an Technikbegeisterung und Zukunftsoptimismus ist festzustellen, je stabiler die privaten Verhältnisse oder überschaubarer ihre Strukturen sind.

Andererseits macht in der jüngsten Zeit ein neuer Begriff die Runde, der – noch lange bevor die gefürchtete Midlifecrisis einsetzt – zu einem Problem für eine ganze Generation zu werden droht: die Quarterlifecrisis. Ein Phänomen, das bereits Menschen um die Zwanzig ihrer verlässlichen Orientierung und des greifbaren Sinn des Lebens beraubt. In der Regel zeichnet sich die Quarterlifecrisis dadurch aus, dass der Betroffene meint, bereits alles erlebt zu haben und lange

und vergebens nach neuen Herausforderungen sucht.

Pluralität der Lebensstile

Die Schnelllebigkeit der Zeit ist nichts Neues. Ebenso die Pluralität der Jugendkultur, die keine eindeutigen Zu-



Michael Göken

ordnungen Jugendlicher in bestimmte Szenen zulässt, da jeder junge Mensch gleichzeitig verschiedenen Gruppen angehören kann. Die Wahrnehmungswelt Jugendlicher ist stark geprägt von jugendspezifischen Medien, ihrer Familie und besonders vom eigenen Freundeskreis. Insgesamt ergibt sich für junge Menschen ein reichhaltiges Angebot zur Lebensgestaltung, aus dem sich jeder seinen Ansprüchen entsprechend bedienen kann. Diese im Kern positive Errungenschaft lässt die Grenzen zwischen Individualismus und Egoismus leider fließend erscheinen.

Verstärkt in die Diskussion geraten neue Formen einer emotionalen Armut, die sich in gesundheitlicher, kultureller und sozialer Hinsicht ergeben und für eine Vielzahl junger Menschen die Gefahr bergen, zu gleichmütigen Opfern des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses zu werden.

Als mögliche Folgen dessen muss einer steigenden Bereitschaft zur Gewalt als Mittel der Selbstdarstellung entgegengewirkt werden – und das nicht erst seit Er-

Die Chancen der Union, ab September für den Staat und seine Gesellschaft in der Verantwortung zu stehen, sind gut. In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, wie weit wir die Analysen der jungen Generation verinnerlicht haben und daraus konkrete Politik gestalten können.

Wir haben eine sehr leistungsfähige Jugend, deren Potentiale durchaus stärker gefördert und abgerufen werden können. Wenn aber die Union es nicht schafft, die Distanz und das Misstrauen Jugendlicher gegenüber der Politik abzubauen, wird sie den Bonus bald wieder verspielt haben, den sie sich im Kompetenzwahlkampf hart erarbeitet hat.

Werte vorleben

Werte müssen vorgelebt werden, sonst lebt sie keiner nach. Doppelmoral macht politisches Handeln unglaubwürdig und bringt es in Misskredit. Dazu gehört eine ebenso konsequente Linie in der Drogenpolitik wie ein finanziell verantwortliches Handeln in Zeiten leerer Kassen. Bei Vergehen, die dem Ansehen der Politik schaden, müssen umgehende Sanktionen gegen die Verantwortlichen erfolgen.

Dass die Jugend gebraucht wird, muss stärker vermittelt werden. Geben wir den Jugendlichen durch die verschiedenen Möglichkeiten der Partizipation die Chance, das Lebensumfeld in ihrer Stadt mit zu gestalten. Nicht immer sollten jugendkulturelle Entwicklungen – wie am Beispiel Graffiti – nur in ihrer negativen Ausformung betrachtet werden. Schulen sollten sich viel weiter öffnen und zu einem sozialen Raum werden, der Vereine, Verbände, Ehemalige, Eltern oder auch Rentner in eine Zusammenarbeit mit den Schülern durch interessante Angebote einbindet.

Sichere Sozialstrukturen im Umfeld jedes Einzelnen, in Verbindung mit dem Vorleben von Verhaltensweisen, die man von der nachwachsenden Generation erwartet, sind der richtige Ansatz für eine starke Jugend in unserem Land, die wir in den Zeiten vieler gesellschaftlicher Umbrüche mitnehmen wollen.

ZUR PERSON



Sascha Drescher ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union.



Gehört werden ist nicht erhört sein

Interview mit dem Präsidenten der Bundeszahnärztekammer, Jürgen Weitkamp

So manche bittere Pille wurde von den Versicherten unter Rot-Grün geschluckt

Dr. Dr. Jürgen Weitkamp (63) saß als Präsident der Bundeszahnärztekammer am so genannten „Runden Tisch“ der Gesundheitsministerin Schmidt. Nach vier Sitzungen wurden viele Hoffnungen auf eine Gesundheitsreform, die diesen Namen auch verdient hätte, enttäuscht. Gegenüber der **ENTSCHEIDUNG** erläutert der Zahnarzt und Vater von zwei Kindern die wichtigsten Probleme des gegenwärtigen Gesundheitssystems.

ENTSCHEIDUNG: Der „Runde Tisch“ wurde ins Leben gerufen, um Grundlagen einer Gesundheitsreform im breiten Konsens zu erarbeiten. Einige Beteiligte glauben, der Ministerin ginge es lediglich um eine öffentlichkeitswirksame Scheindiskussion. Welchen Eindruck hatten Sie von der Arbeit in diesem Gremium?

Weitkamp: Der Bezeichnung 'Scheindiskussion' stimme ich nicht zu. Die Idee an sich war ja gut, frei über die Weiterentwicklung des Gesundheitswe-

sens nachdenken zu können. Die ausdrückliche Vorgabe, erst ganz zum Schluss über die Finanzen zu reden, klang nicht wenig verheißungsvoll. Die Durchführung allerdings entlarvte den tatsächlichen Anlass: Es wurde lediglich an ein paar Schrauben gedreht, um das herrschende System wieder ein Stück gangbarer zu machen.

ENTSCHEIDUNG: Frau Schmidt distanzierte sich in der Vergangenheit immer wieder von einer

grundlegenden Reform im Gesundheitswesen. Teilen Sie die Einschätzung, dass lediglich eine Optimierung notwendig sei, um das Gesundheitssystem in der jetzigen Form aufrecht zu erhalten?

Weitkamp: Nein. Das haben ja auch die rund 8.000 neuen Paragraphen oder Veränderungen in den vergangenen zehn Jahren eindrucksvoll bewiesen. Sie waren nicht in der Lage, das Gesundheitssystem so zu ordnen, dass nicht schon wieder an allen Ecken und Enden nach neuen

Steuerungselementen gesucht werden müsste. Und das ist meiner Meinung nach der sicherste Beweis dafür, dass an einer grundlegenden Reform kein Weg vorbeiführt.

ENTSCHEIDUNG: *Die Unionsparteien setzen auf mehr Eigenverantwortung und Wahlfreiheit der Patienten. Ein wichtiger Punkt ist auch das Kostenerstattungsprinzip. Der Patient soll die Kosten einer Behandlung tragen und diese dann von den Kassen erstattet bekommen. Die Zahnärzteschaft setzt sich schon lange für ein solches Vorgehen ein. Halten Sie es auch für den übrigen Bereich der Medizin für sinnvoll?*

Weitkamp: Wir sind in der Tat für die Kostenerstattung in Kombination mit einer sozialverträglichen Eigenbeteiligung im Gesundheitswesen. Wir möchten das gern einmal im überschaubaren Rahmen eines Modellversuchs testen und dazu bietet sich der zahnärztliche Bereich an.

ENTSCHEIDUNG: *Könnten Sie sich vorstellen, dass Zuzahlungen, wie sie bei der Zahnbehandlung bereits üblich sind, ausgeweitet werden?*

Weitkamp: Eigenbeteiligung, Solidarität und Subsidiarität stehen nicht mehr in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander. Die Krankenversicherung war ursprünglich so beschaffen, dass sie denen Unterstützung zusicherte, die auch wirklich Hilfe nötig hatten. Sozialverträgliche Eigenbeteiligungen sind durchaus im Interesse aller, gerade auch der Versicherten, um die Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung zu erhalten. Große Risiken werden darüber weiter uneingeschränkt abgedeckt.

ENTSCHEIDUNG: *Die Ministerin stellt sich im Zusammenhang mit der Anhebung der Grenze zur Versicherungspflicht gerne als moderner Robin Hood dar, der den Reichen nimmt und den Armen gibt. Wie sehen Sie die Folgen einer solchen Anhebung?*

Weitkamp: Das ist geradezu eine Seifenblase, wenn man glaubt, mit 'zwangssrekrutierten' gesetzlich Versicherten die Probleme in der Gesetzlichen Krankenversicherung kurieren zu können. Es sind hierzulande 92 Prozent, die der GKV angehören. Da können doch ein paar Prozent mehr nicht für eine Sanierung sorgen.

ENTSCHEIDUNG: *Eine Niederlassung als Arzt ist heute gleichbedeutend mit dem Risiko eines Freiberuflers und für die Einnahmen eines Angestellten. Rechnen Sie mit einer Ärzteunterversorgung? Sparen wir uns zu Tode?*

Weitkamp: Wir sparen uns nicht zu Tode. Die Systematik im Gesundheitswesen selbst ist so tödlich, dass man angesichts der pausenlosen Richtungswechsel und absoluten Überbürokratisierung sehr gut nachvollziehen kann, dass junge Menschen an diesen schönen Berufen plötzlich keinen Spaß mehr finden.

ENTSCHEIDUNG: *Ministerin Schmidt versucht hinter dem Anglizismus „Disease-Management“ eine neue Checklistenmedizin einzuführen. Diese sieht vor, dass ausgewählte Krankheiten nur nach einem bestimmten Schema behandelt werden dürfen. Sind solche Behandlungsvorschriften dazu geeignet, Patienten optimal zu behandeln?*

Weitkamp: Gegen das „Disease-Management“ gibt es wohl grundsätzlich als Versuch nichts

einzuwenden. Sobald aber die Regeln und Leitlinien durch Nicht-Mediziner mitbestimmt werden, wird es höchst fragwürdig und bedenklich.

ENTSCHEIDUNG: *Bundeskanzler Schröder gab seinerzeit die Parole von der „Ruheschaffen unter den Ärzten“ aus. Hatten Sie den Eindruck, die Wünsche und Ansichten der Mediziner wurden von dieser Regierung lediglich zur Kenntnis genommen?*

Weitkamp: Wir wurden „vielfach gehört – aber wenig erhört.“

ENTSCHEIDUNG: *Es wurde in der Gesundheitspolitik von der Bundesregierung viel versprochen. Dennoch steigen die Beiträge rasant an. Welche Konzepte halten Sie für sinnvoll, um ein Gesundheitssystem zu reformieren, das weit über hundert Jahre alt ist?*

Weitkamp: Alle diejenigen Konzepte sind sinnvoll, die Solidarität und Eigenverantwortung wieder in ein richtiges Verhältnis zueinander bringen und gleichzeitig das Gesundheitswesen auch für den Patienten wieder übersichtlich machen.

ENTSCHEIDUNG: *Welche erste Tat würden Sie sich von einer unionsgeführten Bundesregierung nach dem 22. September erhoffen?*

Weitkamp: Eine Deregulierung des Gesundheitswesens.

Das Gespräch führte
Dr. Peter Fellmer.

DER AUTOR

Dr. Peter Fellmer, 31, ist Arzt an der Universität Düsseldorf und JU-Mitglied in Minden-Lübbecke. Schon mehrfach hat er an Podiumsdiskussionen der JU zu Fragen der Gentechnik und der Gesundheitspolitik teilgenommen.
Kontakt: fellmer@hotmail.com

Web-Service

■ www.bundeszahnarzte-kammer.de

»MISSION: Das Sommercamp 2002 de



Selbst Sir Elton, alias Linus, gab sich die Ehre auf der Jugend-für-Stoiber-Bühne



Jürgen Marcus alias Linus

»Mission: Possible«: Mitten im Juli, irgendwo zwischen Wahlkampftour und Sommerlaune, luden Angela Merkel und Hildegard Müller zum Sommercamp 2002 ins westfälische Idyll nach Geseke.

Ein anmutendes Örtchen, dieses Schloss in Geseke-Eringerfeld in Westfalen. Dorthin, wo sich bis 1986 an die 1.200 Schüler in Deutschlands größtem Internat quälten, dorthin, wo heuer eine 65-köpfige Bildungselite (mit einem Mindest-IQ von 140) auf die Queren eines Genie-Daseins vorbe-

reitet wird – dorthin verschlug es die Organisatoren des Sommercamp 2002, das ganz im Sinne des möglichen Ausgangs der Bundestagswahl im September unter dem Motto „Mission: Possible“ stand.

Die etwa 750 – aus allen Bundesländern angereisten – JU'ler erwartete ein buntes Programm, weitab von Spaßfreiheit und staatstragender Politik: „Wir haben bei der Organisation nicht vergessen, wen wir ansprechen wollen“, meint **Frank Niebuhr**, Mitorganisator des Camps und Leiter des Büros von **Willi Hausmann**, dem Bundesgeschäftsführer der CDU. So präsentierten sich junge und jung gebliebene Unionisten in einhelliger Zweisamkeit. Eigens zur Open-Air-Party reiste der „Jugend-für-Stoiber“-Truck an und



Begeisterungsfähig: Michael Spreng, Head des Stoiber-Team

stellte mit seiner imposanten Bühnentechnik den Rahmen für eine grandiose Eröffnungsshow dar. Zum Top-Act des Eröffnungsabends avancierte der Kölner Solokünstler **Linus**, der mit seiner gleichnamigen Imitatorenshow die Anwesenden auf die Stühle und Bierbänke riss. CDU-General **Laurenz Meyer** tausch-



Smalltalk bei Grillwurst und Diätcola: Hildegard Müller und Willi Hausmann

POSSIBLE

der Jungen Union und CDU



te kurzerhand seine Tanzpartnerin gegen eine Gitarre und legte mit Linus (in der Rolle des „Wol-



Hölle, Hölle, Hölle: Linus mit „Gitarrist“ Laurenz Meyer



In bester Camp-Laune: (v.l.) Müller, Merz, Stoiber und Merkel

le“ Wolfgang Petry) ein talentvolles Duett auf's Open-Air-Parkett.

Am Vormittag des zweiten Veranstaltungstags teilten sich die jungen Wahlkämpfer in drei Foren auf und lernten den richtigen Einsatz von Wahlkampf-Rhetorik, den bedeutenden Bereich des Eventmarketings und die Arbeit des „Stoiber Teams“ kennen. Da ließ es sich auch Stoiber-Team-Chef **Michael Spreng** nicht nehmen, dem motivierten Nachwuchs Rede und Antwort zu stehen.

Anderorts sollen sich zeitgleich etwa 50 (ausgesuchte) Nachwuchs-Politiker der Jusos zu einem ebensolchen Sommercamp getroffen haben. Die JU-Vorsitzende **Hildegard Müller** gab diesen Fauxpas des politischen Gegners der Lächerlichkeit preis und nutze ihn zu trefflichen Seitenhieben. Im Anschluss an ihre freundlichen Worte zur Begrüßung der heimlichen Highlights gab es frenetischen Beifall

eben für CDU-Chefin **Angela Merkel**, Fraktionschef **Friedrich Merz** und Kanzlerkandidat **Edmund Stoiber**, die allesamt durch mitreißende Reden faszinierten und die bis auf den letzten Platz gefüllte Aula des Internats in einen wahren Hexenkessel verwandelten.

Erschöpft, aber glücklich zogen die Verantwortlichen, darunter Frank Niebuhr und die JU-Organisationsreferentin **Viola Katzke** am frühen Sonntagmorgen eine erste Bilanz. „Zur Wiederholung geeignet – zur Nachahmung empfohlen“, so ihre einhellige Meinung. Besonderen Dank gilt den vielen Helferinnen und Helfern aus den Reihen des JU-Kreisverbandes Soest, die im Hintergrund für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung Sorge trugen.



Von der Kunst des Redens: Rhetorik-Profi Jörg Max Fröhlich





Stabsunteroffizier Raphael Pierce

Schwarz Rot Gold

Raphael Pierce ist Bundeswehrunderoffizier und dunkelhäutig. Er fühlt sich nicht als deutscher Patriot, aber er glaubt an die Werte der deutschen Gesellschaft.

DER AUTOR

Anselm Rodenthausen (21) studiert Jura und ist stellvertretender Kreisvorsitzender der JU Konstanz. Der Artikel, den die **ENTSCHEIDUNG** hier veröffentlicht, war Teil eines Beitrages zum Victor-Klemperer-Wettbewerb 2001. Die Texte von Anselm Rodenthausen zum Thema Patriotismus und Nationalbewusstsein von Bundeswehrsoldaten wurden als Bester Beitrag ausgezeichnet.

Patriotismus? Darüber denkt der Herr Stabsunteroffizier Pierce oft nach. Raphael Pierce ist 30 Jahre alt, aus Bremerhaven stammend. Sein Vater kämpfte als amerikanischer GI in Deutschland. Er besitzt die doppelte Staatsbürgerschaft. Lange hat er gegribelt, ob er Wehrdienst leisten soll. Nun gefällt es ihm beim Bund. Und als ihn sein Vorgesetzter fragte, ob er Unteroffizier werden will – da hat er einfach Ja gesagt. Nie wurde er wegen seiner Hautfarbe anders behandelt oder beurteilt. Dennoch sieht er sich selbst als Exoten in der Bundeswehr. Zu gewissen

Dingen hat er einfach eine andere Einstellung als seine Kameraden – und dazu steht er.

Nein, er fühlt sich nicht als Patriot. Das kann er einfach nicht. Vor zwei Jahren war er im Kosovo. Er ist nicht wegen des erhöhten Soldes dorthin, sondern weil er an die Richtigkeit des Einsatzes glaubte. Mit den Wertvorstellungen dieses Staates und seiner Armee kann er sich identifizieren, aber er kann sie beim besten Willen nicht allein auf Deutschland beziehen. Für seine Überzeugungen und seine Kameraden würde er sein Leben riskieren, aber nicht bedin-

gungslos für ein Land. Sicher – schon vom Begriff her beziehe sich Patriotismus immer auf ein bestimmtes Land; und das kann er so nicht fühlen. Es sei heute auch nicht mehr notwendig, als Soldat Patriot zu sein, meint er. Wichtiger sei, mit den Werten der Gesellschaft und dem Auftrag ihrer Armee überein zu stimmen. Daran glaubt er ganz fest.

Ob er ein amerikanischer Patriot geworden wäre, wenn er in den USA aufgewachsen wäre? Kann sein. Aber manchmal erwischt man ihn auch hier in Deutschland als Patriot – wenn Werder Bremen gegen Bayern München spielt. Lokalpatriot, das ist er.

e

30 Häuser, 100 Einwohner und einmal im Jahr ein Schützenfest – Katharina Hoffe wechselt aus dem Sauerländer Kückelheim an die Spree, zum Praktikum in der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands.



Katharina Hoffe mit Hildegard Müller

Berlin ist eine Reise wert...

Nach dem Abiturstress freue ich mich auf praktische Herausforderungen. Vier Monate etwas „Richtiges“ machen. Keine philosophischen Texte, keine Abhandlungen oder Interpretationen, keine Formeln und Vokabeln, einfach mal etwas machen, das gebraucht wird. Meine Kollegen sind allesamt sehr nett und helfen mir, wo sie nur können. Mein Arbeitsplatz – Vis-a-vis des Pressesprechers Sidney – ist schön eingerichtet. Ich bin begeistert, denn trotz Wahlkampfstress finden die Profis Zeit für Erklärungen.

Gerade erst bin ich aus dem Sauerländer Minidorf Kückelheim (100 Einwohner, 30 Häuser, einmal im Jahr ein Super-Schützenfest, im Sommer viel Erdbeeren und im Winter Weihnachtsbäume) in die Hauptstadt gekommen und habe schon ohne Probleme das Ein- und Aussteigen in Bus und U-Bahn gelernt.

Der Nabel der Welt

Kückelheim ist für mich ein einfaches kleines Nest, ohne irgendwelche Geschäfte oder Kneipen. Wohnen ja, dort leben vielleicht, aber jeder Einkauf wird zu einer kleinen Weltreise.

Vor Jahren bin ich Mitglied in der JU Haverland geworden. Dort haben wir eine Veranstaltung mit Friedrich Merz organisiert. Auch mit dem Europaabgeordneten Dr. Peter Liese haben wir eine eigene Veranstaltung durchgeführt. Mit dem JU-Stadtverband legten wir eine JU-Zeitung auf. Für die erste Ausgabe musste ich einen Text schreiben. Ist mir schwer gefallen – ich werde wohl keine Journalistin, oder doch?

Dickes „B“ an der Spree

Als ich in die Hauptstadt kam und die Bustüren klemmten (weil ich nicht wusste, dass man die grüne Taste zum Öffnen drücken muss), hatte ich fürchterliche

Angst, am Bahnhof Zoo auszu-steigen und mich durch diese Menschenmassen schlängeln zu müssen.

Doch wenn ich mit Freunden aus dem Sauerland durch Berlin ziehe und die Nacht zum Tag mache, morgens gegen sieben Uhr am Potsdamer Platz mit über 5.000 Menschen auf den Anpfiff des WM-Spiels Deutschland gegen Paraguay warte, dann ist es schon ein tolles Erlebnis, dieses Berlin.

ZUR PERSON

Katharina Hoffe ist 19 Jahre alt und hat gerade ihre schulische Laufbahn mit dem Abitur abgeschlossen. Beruflich zieht es sie ins Eventmarketing. In der BGS der JU arbeitet sie in erster Linie für Christian Wulf und organisiert u. a. den Versand des JU-Infomaterials.



Meine 88 Gründe, bei der JUNGEN UNION ein Praktikum zu machen:

- 61 Treppenstufen
- 9 nette Kolleginnen und Kollegen
- 5 Mittagspausen pro Woche
- 4 mal täglich Vorurteile gegen Sauerländer ausräumen
- 3 mal täglich mit dem Rauchen aufhören
- 2 Wochenenden im Monat auch mal wieder ins Sauerland fahren
- 2 Wochenenden im Monat Berlinerin sein
- 1 mal Edmund Stoiber live sehen und wieder einmal feststellen, dass man vom Zeitungslesen schwarze Finger bekommt

INTER

Im neuen Design: www.junge-union.de

Was fürs Auge sollte es sein. Und benutzerfreundlich. Und unterhaltsam. Nun erstrahlt die Homepage der Jungen Union im neuen Design.



Bei den Vorgesprächen zur Planung eines Homepage-Relaunches kann ein „runder Tisch“ nicht groß und rund genug sein. Denn insbesondere an einem solchen Projekt lassen sich Vielgestaltigkeit und Verzahnung der Arbeit im digitalen Zeitalter ausmachen: Hier treffen die Kreativität der Grafiker, die Sicherheitsbemühungen der Programmierer und die textlichen und inhaltlichen Arbeiten der Redaktion aufeinander. Hier wird

technisch und optisch umgesetzt, was – unziert ausgedrückt – final „ganz gut“ sein soll.

Bei www.junge-union.de wurden die Oberflächenstrukturen gestrafft und Sub-Menüs neu organisiert. Die Startseite zeigt „News“, die – um ein thematisches Foto ergänzt – neben den Mitteilungen an die Presse auch Neuerungen des Bundesvorstandes darstellen. Sehr interessant sind neben dem neu gestalteten Inside-Bereich für Mitglieder

auch die interaktiven Möglichkeiten: aktuelle Votings, E-Cards, eine Web-Cam (mit Bildern aus der Bundesgeschäftsstelle) und ein JU-Store gehören zu den neuen Highlights.

Auch ist es nun für Verbände möglich, mit Bannerwerbung auf eigene Aktions-Seiten hinzuweisen – Anfragen (mit Banner-Attachment) bitte per Email an webmaster@junge-union.de.



AKTIV <

Fürs digitale Spielzimmer:
www.bundesstrand.de




Lang ist's her, als das „Schwarzwild“ auf den heimischen PCs für Furore sorgte. Im Wahlkampf 2002 zieht es die Junge Union an den Bundesstrand.



Gerhard Schröder sitzt als Bademeister rülpstend auf dem Hochsitz von www.bundesstrand.de. Mit halbgeschlossenen Argusaugen beobachtet er gelangweilt das Treiben seiner müden Truppe: Jürgen Trittin, der sich als Kneipier verdingt und den es mit Strohalm-Legen auszutricksen gilt, Rudolf („Nennt mich Peter“) Scharping, der – ganz aktuell –

zum Mallorca-Flieger gelotst werden will und Hans Eichel als „ungekürnten König der professionellen Geldvernichtung“, der Milliarden in den Sand setzt. Am www.bundesstrand.de zählt jede Stimme und wer genügend davon sammeln konnte, bekommt von Edmund Stoiber himself eine Tasse Espresso macchiato überreicht. Der Eintrag in die Online-Highscore-Liste sorgt garantiert

für eine Menge Spielspaß und Wettbewerb in den Verbänden... Übrigens, die CDU-Vorsitzende Angela Merkel spielt auch eine Rolle. Welche, wird dem eifrigen Spieler nicht vorenthalten bleiben. Genug der Worte: Ran an den PC, Web-Browser auf und los geht's unter www.bundesstrand.de (zum Online-Spielen oder Download für PC und MAC). 



Viel Neues im Osten

„Auf die junge Generation kommt es an!“, Kurt Biedenkopf und Knut Kirsten, stellv. JU-Bundesvorsitzender

Wahlkampf, Gewalt in den Medien, Aufbau Ost und die Beziehungen zwischen Politik und Presse waren die Themen, die Mitte Juni während der 5. Konferenz der JU Landesverbände Neue Länder auf der Tagesordnung standen.

Etwa 50 Vertreter aus den neuen Landesverbänden hatten sich für das Wochenende angemeldet, darunter auch einige Landtagsabgeordnete und Bundestagskandidaten der JU.

Für die CDU-Bundesgeschäftsstelle stellte **Dr. Susanne Fengler** die Wahlkampflinie der Union und aktuelle Umfrageergebnisse vor. Die Wahlkampffideen der Jungen Union wurden von JU-Pressesprecher **Sidney Pfannstiel** präsentiert. Ebenso stieß die von **Astrid Jantz** vorgestellte und von der JU Bayern betreute Initiative „Jugend


für Stoiber“ (www.jugend-fuer-stoiber.de) auf große Begeisterung.

Der Umgang mit Gewalt in Videofilmen und eine Änderung des Zugangs für Minderjährige wurde mit **Jörg Weinrich** vom Verband des Video- und Medienfachhandels erörtert. Auf deutlich mehrheitliche Zustimmung stieß die von ihm vorgetragene Forderung der Videotheken-Branche, dass es auch sonntags möglich sein müsse, Videofilme auszuleihen. Die JU-Vertreter aus Sachsen gaben zu erkennen, dass eine Sonntagsöffnung für Videotheken bei ihnen vorerst nicht in Frage käme.

Das vom stellvertretenden JU-Bundesvorsitzenden **Knut Kirsten** vorgelegte Papier zum Aufbau Ost wurde gemeinsam mit dem Experten **Dr. Joachim Ragnitz**, Institut für Wirtschaftsforschung, Halle, beraten. Besonderes Highlight zu diesem Thema war das Referat des **Prof. Dr. Kurt**

Biedenkopf, der wichtige Impulse für die JU-Überlegungen zur Entwicklung des Papiers geben konnte. Biedenkopf betonte, dass der Aufbau in erster Linie als gesamtdeutsche Herausforderung verstanden werden müsse.

Klare Worte, wie Politik verständlich zu vermitteln ist, erfuhren die Teilnehmer vom Chefredakteur der Boulevardzeitung „B.Z.“, **Georg Gafron**. Der einst aus der DDR geflohene Gafron machte aus seiner kritischen Distanz gegenüber der kommunistischen PDS keinen Hehl. Die Fülle an Ideen, Anregungen und Eindrücke aus dem fast dreistündigen Gespräch begeisterte alle Teilnehmer.

Von allen Landesvorsitzenden der neuen Landesverbände und Berlin wurde die Kandidatur von **Philipp Mißfelder** (NRW) für das Amt des Bundesvorsitzenden begrüßt. Die nächste Konferenz ist für Anfang 2003 geplant. 



„Das Leben ist schön“: B.Z.-Chefredakteur Georg Gafron

So tun, als ob



Hans Peter Replik

Wir können es nicht oft genug wiederholen: Gerhard Schröder selbst hat seine Wiederwahl mit der Arbeitslosenzahl verknüpft. Kein Erfolg, keine zweite Amtszeit, so einfach ist das. 3,5 Millionen ohne Job – das wäre zwar immer noch kein Erfolg, aber Schröder könnte dem enttäuschten SPD-Wähler von '98 wenigstens entgegenhalten, er habe nicht zuviel versprochen. Die Juni-Zahlen – sie liegen wieder knapp unter der 4-Millionen-Grenze – sind deshalb so verheerend, weil sie eine besonders bittere Botschaft bergen: Es gibt in diesem Jahr keinen Sommer-Aufschwung. An den Fakten ist nicht zu rütteln, also legt es der Kanzler nun auf eine Fristverlängerung an; mit dem dreisten Versprechen, die Zahl innerhalb dreier Jahre zu halbieren. Und das nach vier untätigen und deshalb verlorenen Jahren? Den Täuschungsversuch kann er abbrechen, es gibt nämlich eine eindeutige Zahl: 81

Prozent der Deutschen glauben einfach nicht daran. Damit ist Schröders Taktik, es sei auf dem Arbeitsmarkt bis zum 22. September nichts mehr und nach dem Wahltag wieder alles möglich, schon im Ansatz gescheitert.

Nichtsdestotrotz musste der Kanzler auch ohne stichhaltige Argumente ans Rednerpult. Da sprach er in seiner Regierungserklärung über die Wirtschaftskrise Deutschlands doch allen Ernstes in der Vergangenheitsform; "wir" hätten sie ganz gut überstanden und "Deutschland vorangebracht". Die Regierung hatte uns schon häufiger Geduldsproben zugemutet; dem Kanzler diesmal bis zum Ende zuzuhören, schlug alles, was „wir“ bisher erleben durften.

Es ist das Dilemma einer Regierung, die vier Jahre lang so ziemlich alles falsch gemacht hat, was falsch zu machen war. Dennoch muss sie – und das ist der blanke Hohn – mit dem Ruf "Weiter so!" in den Wahlkampf.

Dieser Logik entspricht auch, dass Schröder auf Gedeih und Verderb am Koalitionspartner "Grün" festhalten muss – zumindest offiziell und bis zum Wahltag. Ob der Kanzler wirklich darüber hinaus in rot-grünen Kategorien denkt? Das ist schon deshalb zweifelhaft, weil die Grünen – wir erinnern uns: es ging um den Einsatz in Afghanistan – schon vor Monaten mit dem Notnagel "Vertrauensfrage" auf den Koaliti-

onnsitzen festgeheftet wurden. Nun gibt es, zum zweifelhaften Glück für Schröder und unzweifelhaften Pech für Deutschland, noch die Partei, mit der die Sozialdemokraten mehr gemein haben als die gegenseitige Anrede als "Genossen". Vernunftbegabte Menschen, gleich welcher Couleur, sollten annehmen, dass das rot-rote Desaster in Sachsen-Anhalt jedes weitere Abenteuer mit der PDS vereitelt – zumal sich Mecklenburg-Vorpommern auf demselben verhängnisvollen Weg befindet. Wie sehr hat sich die SPD-Führung bemüht, einen Unterschied zwischen Landes- und Bundespolitik zu konstruieren. Im Land ja, im Bund niemals! Nachzuvollziehen war das ohnehin nie, jetzt müssen wir es auch nicht mehr versuchen. Diese Erkenntnis verdanken wir dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel. Und er spricht Klartext. Er könne seiner Partei nicht dazu raten, Chancen auszulassen, um ihre Politik durchzusetzen. Die PDS würde letztlich dieselbe Außenpolitik machen wie die NATO-Neu-Mitglieder Ungarn und Polen. Soll das heißen, man spreche in der "Kampa" schon über die rot-rote Ressortaufteilung? Wir hoffen doch inständig, dass solche Gespräche im September gegenstandslos sind. Aber wir sind Herrn Zöpel doch zu Dank verpflichtet: Zumindest in diesem Punkt hat er die Glaubwürdigkeit der SPD wiederhergestellt.



Münster

Flyer-Aktion zu PISA

Mit Flyern zur Schulpolitik warb die **JU Münsterland** im Juli für ihre Vorstellungen von einer gelungenen Schulpolitik für Nordrhein-Westfalen. Hierzu rappelten sich die engagierten **JU**ler des Münsterlandes schon am sehr frühen Morgen auf, um vor diversen Schulen breitflächig auf die Versäumnisse der rot-grünen Landesregierung hinzuweisen. Eine Postkarte der **JU NRW** mit dem Motto „Unsere Bildung am Ende. Danke, W.C.“ (Initialen für Wolfgang Clement, Anm. der Red.), ergänzt um die Abbildung einer Toilette, kam für die länger geplante Aktion sehr gelegen. „Von Bekannten hörten wir, dass unsere Forderungen auf dem Schulhof diskutiert wurden – Ziel erreicht“, so Bundesvorstandsmitglied **Sascha Drescher**.

e

Coesfeld

Mitgliederwettbewerb

Der Kreisvorstand der **JU Coesfeld** hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Mitgliederwerbung zu intensivieren und junge Menschen aufzurufen, Politik aktiv mitzugestalten. In diesem Zusammenhang hat der Kreisvorstand einen Mitgliederwettbewerb ins Leben gerufen. Bis zum 1. Oktober wollen die **JU**'ler möglichst viele Jugendliche ansprechen und sie zur Teilnahme an regionaler Politik bewegen. Es lohnt sich: Unter allen Neumitgliedern werden zwei mehrtägige Reisen in die Bundeshauptstadt verlost. Die beiden **JU**'ler, die die meisten Neumitglieder werben, werden am 11. November als Gäste der **CDU** zum nächsten Bundesparteitag nach Hannover reisen.

e

Nordwürttemberg

Bilger auf Bezirkschefessel

Auf dem Bezirkstag der **JU Nordwürttemberg** haben die rund 140 Delegierten **Steffen Bilger** zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende **Christian von Stetten** kandidierte nicht mehr, um sich seiner neuen Herausforderung als Bundestagskandidat des Wahlkreises Schwäbisch Hall/Hohenlohe widmen zu können. Der 23-jährige Jurastudent Bilger, aus dem Rems-Murr-Kreis, ist künftiger Bezirkschef. „Wir müssen uns gegenüber der **CDU** wieder mehr Unabhängigkeit verschaffen, wo es angebracht ist Kritik üben und eigene Ideen entwickeln“, sagte Bilger, der zur Zeit auch Kreisvorsitzender der **JU Rems-Murr** ist. Baden Württembergs Ministerpräsident **Erwin Teufel** kündigte gegenüber der **JU** weitere Reformen im Hochschulwesen an: „Noch mehr Wettbewerb und Leistungsanreize sind im Hochschulsystem einzuführen“, sagte er. **Günther Oettinger**, **CDU**-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg und zugleich Bezirksvorsitzender der **CDU Nordwürttemberg**, rief die **JU** dazu auf, sich mit allen Kräften im Bundestagswahlkampf einzubringen, um das gesteckte Ziel, alle Wahlkreise im Be-

zirksverband Nordwürttemberg direkt zu gewinnen, erreichen zu können. **K**-Team-Mitglied **Lothar Späth** bekräftigte seine Bereitschaft, im Falle eines Wahlsiegs der **CDU/CSU** das Amt des Bundeswirtschafts- und Arbeitsministers zu übernehmen. „Wir brauchen wieder ein wirtschaftsfreundliches Klima in Deutschland“, so Späth.

e

(v.l.) Bilger, Oettinger (Mdl), von Stetten



Nordrhein-Westfalen

Rot-Grün kannste knicken

Mit dem Claim 'Rot-Grün kannste knicken' wird die **JU NRW** im Bundestagswahlkampf die Inkompetenz der Bundesregierung anprangern und gleichzeitig eigene Positionen zu den Themen Wirtschaft und Arbeit, Bildung, Steuern und Abgaben sowie Innenpolitik präsentieren.

Zentrales Werbemittel für diese Aktion ist ein mit rotem oder grünem Knicklicht versehener DIN A7-Flyer. So lassen sich in der heißen Wahlkampfphase politische Inhalte als spannendes Give-Away bei der jungen Zielgruppe platzieren.

Sowohl der Flyer als auch das Knicklicht sind in der Gestaltung verbandneutral gehalten (ohne Logoaufrdruck).



Der Einzelpreis samt Knicklichter beträgt ab € 0,15.
Kontakt: **JU NRW** (LGS Düsseldorf), Tel: 0211-1360050
Fax: 0211-1360052



Bayern, München

JU MUC am CSD



Auf zu neuen Ufern: die JU München und politische Freunde

Die **JU München** war zum ersten Mal während des diesjährigen Christopher-Street-Day mit einem eigenen Stand präsent. **Rasso Graber**, Vorsitzender der Jungen Union München, zog eine erste positive Bilanz und wollte „mit dieser Aktion ein Zeichen setzen“. Denn es habe „sich gezeigt, dass das Verhältnis von Homosexuellen und den konservativen Parteien häufig ausschließlich von wechselseitigen Vorurteilen geprägt“ sei. Deshalb habe man, so Graber weiter, „sich als Ansprechpartner zur Verfügung gestellt und die Kommunikation mit den übrigen Teilnehmern gesucht.“



Ostprignitz-Ruppin

Mosaik der Maßnahmen

Unter dem Titel „Sicherheit für Brandenburger Schulen“ diskutierte die **JU Ostprignitz-Ruppin** mit dem Brandenburger Justizminister **Professor Kurt Schelter** die Konsequenzen aus dem Attentat von Erfurt. Dazu waren auch Vertreter von Schulen, Jugendjustiz, Polizei und Mitglieder von Jagdvereinen gekommen. In der konstruktiven Diskussion erläuterte Schelter sein „Mosaik verschiedener Maßnahmen“. Die Vertreter der Jagdvereine begrüßten eine Gesetzesverschärfung für jene Waffen, die weder für Wettkämpfe noch für die Jagd unmittelbar benötigt werden. Lehrer forderten eine Stärkung des Klassenverbandes und damit eine Erneuerung der Schüler-Lehrer-Beziehung. „Allerdings“, so **Jan Redmann**, Vorsitzender der **JU Ostprignitz**, „ist die Kindererziehung Elternsache. Der Staat muss die Familien hierbei stärker unterstützen.“



Die Enttäuschung wächst

BUCHTIPP

■ Oskar Lafontaine:
»Die Wut wächst. Politik braucht Prinzipien.«

München (Econ) 2002
22 Euro.

Oskar Lafontaine wärmt in neuem Buch alte Positionen auf

Oskar Lafontaine, gescheiterter SPD-Chef und erfolgloser Kurzzeit-Bundesfinanzminister, hat nach seinem kommerziell recht erfolgreichen Buch „Das Herz schlägt links“ auch im Wahlkampfjahr wieder zu Feder und Tinte gegriffen. Diesmal attackiert er die Rolle der USA in der Weltpolitik sowie den – so sein Vokabular – Markt fundamentalismus, den neoliberalen Vollrausch und den rücksichtslosen, menschenverachtenden Ökonomismus, die allesamt zur globalen Leitkultur wurden und denen sich Politik und Gewerkschaften bereitwillig untergeordnet hätten. Der SPD wirft er vor, sie sei „zur neoliberalen Steuersenkungspartei geworden, die den Sozialabbau für eine große Jahrhundertreform“ hielte.

Im wirtschaftspolitischen Teil des Buches bekennt sich Lafontaine zu seinen altbekannten, unhaltbaren Positionen: Der europäische Stabilitätspakt und die Unabhängigkeit der Zentralbanken gefährdeten Wachstum und Beschäftigung; über die Geldpolitik sollten besser die Finanzminister streiten und entscheiden. Er fordert vom Staat finanzierte Konjunkturprogramme sowie höhere Unternehmenssteuern und Gesundheitsausgaben. Erfreulich ist, dass ein früherer Politiker der Linken den Mut hat, seinen heute in der Gesellschaft chancenlosen Gegenentwurf einmal im Zusammenhang zu präsentieren. Aber selbst seine Anhänger dürfte es enttäu-

schen, dass er wichtige Tatsachen unterschlägt. Die Einführung der Privatrente durch die SPD etwa ist ein Ausstieg aus bewährten Sozialsystemen, aber zur Darstellung hätte immerhin ein Hinweis auf die bedrohliche demographische Entwicklung gehört.

Im anderen Teil des Buches nimmt sich der Saarländer die US-amerikanische Außenpolitik vor. Mancher seiner Hinweise auf Ungerechtigkeiten der neuen Weltordnung sind ja berechtigt. Aber insgesamt befinden sich seine Welt-An-

schauungen auf dem Niveau der Schwarz-Weiß-Schablonen einer Vietnamkriegsära. Das enttäuscht. Lafontaines Kernthese, „die militärisch gestützte Außenpolitik der einzig verbliebenen Supermacht diene dazu, die Profitinteressen der Finanzindustrie durchzusetzen, die Marktmacht der internationalen Konzerne auszuweiten und den reichen Nationen die Rohstoffe der armen Länder zu sichern“ (S. 19ff), liest sich nicht überraschend. Die USA führen einen Krieg in Afghanistan nur, um Öl- und Gasvorkommen im Mittleren Osten zu kontrollieren. Keinen Stereotypen lässt er aus: die USA, das Land der Indianervernichtung, der Atombomben-Abwürfe, der Energieverschwendung, der willkürlichen Militärinterventionen und der internationalen Gesetzlosigkeit. In ihren Mitteln und Methoden unterscheidet sich die US-Außenpolitik nicht sehr vom Vorgehen der Terroristen. Für Berlin sei deshalb die Verweigerung gegenüber den USA eine moralische Pflicht.

Von einem der früheren Kanzlerkandidaten der SPD, der nun reichlich Zeit zum Nachdenken haben müsste, hätte man eine etwas differenziertere Argumentation erwartet. Lafontaine schneidet wichtige Fragen an, er argumentiert oft interessant und schreibt flüssig. Dass er auf alten Vorurteilen beharrt, enttäuscht deshalb umso mehr.



Immobilienhai SPD

konstantin.schwab@junge-union.de

Wenige Tage vor der Sommerpause wurde unter viel Getöse der Bericht des Parteispendenuntersuchungsausschusses präsentiert. Rote und Grüne hatten die Zeitplanung schon vor langer Zeit ausgeheckt, um der Union kurz vor den Parlamentsferien noch einmal ordentlich an den Karren zu fahren. Doch dann flog bekanntlich die Korruptionspraxis um SPD-Mächtige in Köln und NRW auf. Das passte nicht mehr so gut in die Dramaturgie der Wahlkämpfenden Untersuchungsausschussmehrheit. Und urplötzlich interessierte sich auch die Öffentlichkeit für das reichlich unübersichtliche SPD-Vermögen an Verlagsbeteiligungen und Immobilien.

Milliarden-Reichtümer werden in den sozialdemokratischen Schatzmeistereien verwaltet und in ihrem Wert geschickt, aber bescheiden heruntergespielt. Die Frage nach dem politischen Einfluss, den die Partei aus ihrem Vermögen schöpft, wird laut: "Unerhört!" beeilen sich Sozi-Funktionäre gleich zu schreien. Es habe alles seine Ordnung und sei überhaupt völlig unproblematisch.

Wie das konkret aussieht, wenn die SPD mit ihrem unproblematischen Vermögen keinen Einfluss nimmt, konnte man kürzlich in Wilhelmshaven beobachten. Das örtliche Finanzamt suchte einen neuen Vermieter. Zahlreiche Immobilieneigner haben sich beworben, um die Behörde künftig beherbergen zu dürfen. Schließlich, so die landläufige und zutreffende Auffassung, zahlt das Finanzamt pünktlich seine Miete und macht auch sonst keinen Ärger. Man



war sich mit den Anbietern im Wesentlichen auch schon einig über das künftige Mietverhältnis. Bis die SPD auf den Plan trat. Deren parteieigene Firmen "Solidarität GmbH" und "Konzentration GmbH" besitzen zufällig passende Räume im Gebäude Rathausplatz 4-6. Und so flogen die übrigen Anbieter ganz schnell aus dem Rennen. Das Finanzamt zog bei der SPD ein.

Wie es dazu kam, hat Die Welt erfahren: Der Wilhelmshavener SPD-Landtagsabgeordnete – nebenbei Mitglied in den verschiedensten Aufsichtsräten – hat bei einem Ortsbesuch des niedersächsischen SPD-Finanzministers – Dienstherr des Finanzamts – das Thema Behördenumzug zur Sprache gebracht. Und prompt liefen die Rädchen im sauberen SPD-Getriebe. Jetzt überweist das Finanzamt jährlich 170.000 Euro Miete aus dem Steuersäckel direkt in die Kasse der SPD-Unternehmen. Nicht daran zu denken, dass da das wirtschaftliche Interesse der Partei bei den Entscheidungen der Verwaltung eine Rolle gespielt haben könnte. Völlig abwegig die Vermutung, SPD-Regierungspotentialen schancen ihrer Partei öffentliche Gelder zu.

Schließlich ist bei der SPD ja alles in bester Ordnung.

Neue Vorstände

Kreisverband Leverkusen

■ **Vorsitzender:** Martin Preuß ■ **Stellv.:** Matthias Bullmann, Christopher Krahforst
■ **Beisitzer:** Tobias Bühnemann, Ina Hanner, Holger Stawitz, Christian Windeck

Kreisverband Lingen

■ **Vorsitzender:** Björn Roth ■ **Stellv.:** Andreas Groß ■ **Schatzmeister:** Jens Roth
■ **Beisitzer:** Martina Alferts, Andreas Varel, Stefan Schomaker, Heiko Alferts, Tobias Schulten

Kreisverband Harburg – Land

■ **Vorsitzender:** Stefan Schulz ■ **Stellv.:** Peter Stählin, Carsten Timm ■ **Geschäftsführer:** Stefan Menk ■ **Pressesprecher:** Björn Ahne ■ **Schatzmeister:** André zum Hingste
■ **Beisitzer:** Malte Will, Heidi Wölk ■ **Beisitzer (Vorsitzender der SU):** Jan Thomas Kettner

Kreisverband Weimar

■ **Vorsitzender:** Sebastian von Kloch-Kornitz ■ **Stellv.:** Mark Naumann ■ **Schatzmeister:** Oliver Hafner ■ **Beisitzer:** Heidi Jänich, Michael Paech

Ortsverband Bad Schwartau

■ **Vorsitzender:** Carsten Dyck ■ **Stellv.:** Alexander Homrich ■ **Schatzmeister:** Kai Radek
■ **Beisitzer:** Klaus Ernst, Felix Haberditzl, Kai von der Pahlen

Kreisverband Daun

■ **Vorsitzender:** Thomas Klassmann ■ **Stellv.:** Sebastian Hoffmann, Gerald Schmitz
■ **Beisitzer:** Christian Blum, Florian Dunkel, Markus Engel, Daniel Hagen, Christoph Michels, Andreas Neuendorf, Olivia Philippsen, Florian Plum, Karl Smolareck, Andreas Thönnies, Eric Weber

Ortsverband Großhansdorf

■ **Vorsitzende:** Laura Marnitz ■ **Stellv.:** Juliette Grambow, Wibke Oellers ■ **Kassenwart:** Jakob Hoffmann ■ **Beisitzer:** Britta Steffen, Götz Magnussen, Christoph Schmitt

Kreisverband Hagen

■ **Vorsitzender:** Christian Kurrat ■ **Stellv.:** Johannes Kneip, Simone Vaupel
■ **Geschäftsführer:** Thomas Grevelhörster ■ **Stellv.:** Tobias Fischer ■ **Schriftführer:** Alexander Wrobel ■ **Stellv.:** Christian Finke ■ **Internetbeauftragter:** Constantin Rack
■ **Organisationsreferent:** Klaus Rudat ■ **Stellv.:** Christian Reinke ■ **Beisitzer:** Mareike Bloss, Stefan Teuber, Christian Hinz, Christian Teuber, Stefan Ciupka

Ortsverband Zell-Weierbach

■ **Vorsitzender u. Pressereferent:** Herbert Lenz
■ **Stellv. Vorsitzender u. Schriftführer:** Bernd Metzger ■ **Finanzreferent:** Ekkehard Breuer ■ **Beisitzer:** Mathias Fink, Christian Sälinger

Stadtverband Bergisch Gladbach

■ **Vorsitzender:** Dirk Berghoff ■ **Stellv.:** Claudia Scholles ■ **Stellv.:** Harald Gasser
■ **Schatzmeister:** Felix Nagelschmidt ■ **Pressesprecher:** Lennart Höring
■ **Beisitzer:** Christiane Broich, Bastian Dübel, Manuel Fröling, Corinna Höring, Michael Metten, Stephan Walter

Kreisverband Ravensburg

■ **Vorsitzender:** Norbert Lins ■ **Stellv.:** Eugen Feer ■ **Stellv.:** Markus Ibele
■ **Geschäftsführer:** Christian Natterer ■ **Finanzreferent:** Christoph Müller
■ **Pressereferent:** Korbinian Geiger ■ **Schriftführer:** Raphael Rauch-Mangold
■ **Medienreferent:** Simon Bittel ■ **Beisitzer:** Jens Adermann, Benjamin Späth, Armin Fehr, Patrick Linder, Simone Boser, Gunnar Fritschle, Carmen Hartmann, Sonja Keller

Ortsverband Wangen im Allgäu

■ **Vorsitzender:** Christian Natterer ■ **Stellv.:** Gunnar Fritschle ■ **Stellv.:** Armin Fehr
■ **Finanzreferent:** Siegfried Fehr ■ **Pressereferent/Schriftführer:** Alexander Schele
■ **Beisitzer:** Angela Zettler, Tobias Meroth, Stefan Kuhn, Joachim Hege Maria-Luise Schwarz, Sabrina Jehle

Kreisverband Daun

■ **Vorsitzender:** Thomas Klassmann ■ **Stellv.:** Sebastian Hoffmann, Gerald Schmitz
■ **Beisitzer:** Christian Blum, Florian Dunkel, Markus Engel, Daniel Hagen, Christoph Michels, Andreas Neuendorf, Olivia Philippsen, Florian Plum, Karl Smolareck, Andreas Thönnies, Eric Weber

Stadtverband Mainz

■ **Vorsitzender:** Gregor Erlebach ■ **Stellv.:** David Glombik, Petra Schmitt
■ **Schatzmeister:** Tina Morawek ■ **Beisitzer:** Benedict Bouché, Steffen Büchl, Jacqueline Escher, Verena Kohlhas, Jan Felix Lenz, Christian Schier, Felix Schmitt

Herausgeber:

Bundesvorstand Junge Union Deutschlands,
Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
ju@junge-union.de · www.junge-union.de

Redaktionsbüro:

DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
die@entscheidung.de · www.entscheidung.de

Redaktioneller Beirat:

Sascha Drescher (Mitglied im Bundesvorstand)
Christian Wulf (Bundesgeschäftsführer)

Redaktion:

Konstantin Schwab (Chefredakteur), Steffen Bilger,
Martin Blach, Dr. Peter Fellmer, Roberto Fleißner,
Thomas Fürst, Torsten Geiling, Jan-H. Klaps,
Christine Loerke, Stefan Löwer, Peter Meyer,
Georg Milde, Christian Müller, Volker Nies, Michael
Panse MdL, Sidney Pfannstiel (Chef vom Dienst),
Markus Pösentrup, Dr. Andreas Püttmann, Jan
Redmann, Heiko Rottmann, Nicolai Schenk,
Andreas Schwegel, Natalia Stanitzek, Gerrit Weber,
Ralf Weidner, Jan-Gernot Wichert, Henryk
Wichmann, Mathias Wieland, Sebastian Wolff

Verlag:

Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 982-118, Fax (0 24 72) 982 229
Objekt- und Anzeigenleiter: Alexander Lenders
alenders@weiss-druck.de · www.weiss-druck.de

Satz & Druck:

Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 982-0, Fax (0 24 72) 982 200
Layout & Satz: M. Wolters-Stormanns
mwolters-stormanns@weiss-druck.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder. Erscheinungsweise monatlich. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Titelbild: Elke Scholz
Titelgestaltung: Weiss-Druck
Bildnachweis: JU-Archiv, CDU/CSU, Ossenbrink, Pfannstiel, Weiss-Archiv.

über vier millionen menschen
in deutschland sind arbeitslos



leider die falschen

**genug getönt.
> endlich stoiber.**

► „Wo gibt's supergünstige Schnäppchen,
die heißesten Reisen, die coolsten
Events und topaktuelle News?“

► T-Online

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass man bei T-Online Zugang zu den phantastischsten Online-Welten hat. Wie man in diese Welten kommt und was man dort alles entdecken kann, das möchten wir Ihnen in Zukunft etwas genauer erklären. Und auch auf neue Angebote und neue Services von T-Online werden wir Sie natürlich hinweisen. Also, achten Sie auf uns – es lohnt sich.

Deutschland geht T-Online.
Gehen Sie mit.

Infos: www.t-online.de

► „Kleiner Tipp: Es
fängt mit T an ...“



T · · Online · · ·